



1. Eröffnung der Sitzung durch die Stadtratspräsidentin für das Jahr 2020, Moser Martina (SP)

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Ich bin es als Lehrperson gewohnt, dass man den Schülerinnen und Schülern nahelegt, pünktlich zu sein und die Lehrer selber beginnen sodann mit dem Unterricht unpünktlich. Genauso ist es heute, aber ich glaube, bei der ersten Sitzung ist dies noch zulässig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadt- und Gemeinderat, liebe Besucherinnen und Besucher, liebe Medien- und Social Media-Vertreter, ich begrüsse Sie alle ganz herzlich zu unserer ersten Stadtratssitzung im 2020.

Dieses Jahr ist in vielerlei Hinsicht ein spezielles Jahr. Vorab ist es für uns alle das letzte Jahr dieser Legislatur und somit auch ein Wahljahr. Für uns Politikerinnen ist es beinahe ein bisschen ein Jubiläumsjahr. 1975, also vor 45 Jahren, war nämlich mit Marianne Zurlinden erstmals eine Frau höchste Langenthalerin. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an alle Vorkämpferinnen, die sich unter anderem mit Politik für die Frauen stark machten und es für mich deshalb heute eigentlich nichts Aussergewöhnliches ist, hier zu sitzen und dieses Amt für ein Jahr ausüben zu dürfen. Zu guter Letzt ist es auch für mich persönlich ein kleines Jubiläumsjahr, da ich 2010 in die Politik einstieg.

Mich interessierte, ob es auch für die Kleinsten in unserer Stadt ein spezielles Jahr werden soll. Deshalb wollte ich von den Schülerinnen und Schülern, die die Tagesschule Elzmatt besuchen, wissen, was sie sich für das neue Jahr wünschen. Die zahlreichen Wünsche, die dabei zusammenkamen, finden Sie auf der Karte, die vor Ihnen auf dem Pult liegt. Ein Kind wünscht sich beispielsweise einen schönen Spielplatz. Das zeigt also, dass sich solche Investitionen lohnen und sie Langenthal zu einer lebenswerten Stadt, besonders auch für die Kinder, machen. Jemand wünscht sich eine schöne zweite Klasse. Ein anderes Kind notiert, dass es noch besser Skifahren lernen möchte. Durch die Förderung eines guten Bildungssystems mit einem ausgebauten und breiten Schulsportangebot können wir also Kinderwünsche wahr werden lassen. Die Kleinen möchten möglichst schnell zu den Grossen gehören, und deshalb wünscht sich ein Kind, dass es im neuen Jahr alleine in den Kindergarten gehen kann. Damit es sorgenfrei gross werden kann, ist es wichtig, dass wir eben beispielsweise Massnahmen ergreifen, um die Sicherheit auf dem Schulweg zu garantieren. Wieder jemand anderes möchte ein riesiges Haus für seine Familie. Diesen Wunsch können wir wohl nicht gerade 1:1 erfüllen. Aber wir können dafür sorgen, dass auch in der Stadt Langenthal für Familien mit nicht so grossem Einkommen bezahlbare Wohnungen vorhanden sind. Ein Wunsch berührte mich dann noch ganz besonders, nämlich derjenige, dass die Erde besser werden soll. Das ist sicherlich derjenige Wunsch, den wir am wenigsten schnell erfüllen können. Aber wir können mit gutem Beispiel vorangehen und in unserer Stadt mit kleinen Schritten und Massnahmen dazu beitragen, dieses Ziel irgendwann zu erreichen.

Ich nehme mir für das Präsidialjahr in dem Sinn nichts Besonderes vor, sondern ich möchte das weiterführen, was in den letzten zehn Jahren bereits meinen Antrieb ausmachte. Ich möchte mich für die Langenthalerinnen und Langenthaler und für unsere Stadt einsetzen, ganz besonders aber eben auch für unsere Jüngsten, für die Zukunft unserer Stadt und unserer Gesellschaft. In sie zu investieren, heisst für mich, nachhaltig in die Zukunft zu investieren. Deshalb liegen mir besonders die bildungspolitischen Themen sehr am Herzen. Die heutige Traktandenliste zeigt, dass wir uns auch noch in ganz vielen anderen Bereichen Gedanken dazu machen müssen, wie und wieviel wir in die Zukunft investieren wollen. Ich freue mich darauf, mit Euch angeregt zu diskutieren und lösungsorientiert zu entscheiden, wie es mit unserer tollen Stadt weitergehen soll. Falls Ihr, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Stadt- und Gemeinderat, auf der Karte die leckere Pizza entdeckt und dachtet, dieser Wunsch würde Euch jetzt auch noch entsprechen, dann freut es mich sehr, dass ich Euch diesen Wunsch im Anschluss an diese Sitzung erfüllen kann. Ich lade Euch nämlich herzlich ein, im La Piazzeta bei einem kleinen Apéro auf das neue Politjahr anzustossen.

Bevor wir nun zum regulären Ablauf übergehen, möchte ich noch zwei Rücktritte bekanntgeben, die das letzte Mal leider erst nach der Sitzung zur Kenntnis gebracht wurden, beziehungsweise zwischenzeitlich eingingen. Das ist zum einen der Rücktritt von Samuel Köhli und zum anderen derjenige von Lars Schlapbach. Beide setzten sich während vieler Jahre im Stadtrat tatkräftig zum Wohl unserer Stadt ein. Für ihr grosses Engagement



und die angenehme Zusammenarbeit möchte ich ihnen im Namen des Stadtrates einen grossen Dank aussprechen und ihnen für ihre Zukunft viele neue und spannende Projekte und von Herzen alles Gute wünschen. Stadtratsmitglieder zu verabschieden bedeutet immer wieder auch neue begrüßen zu dürfen. Für die seit der letzten Sitzung zurückgetretenen Stadträte dürfen wir einerseits Janina Heiniger (EVP), Daniel Bircher (FDP), Silvia Roth-Burkhalter (parteilos), Peter Bösiger (SVP) und Stefanie Loser-Fries (SP) herzlich willkommen heissen. Ich kann es mir natürlich nicht verkneifen anzumerken, dass ich es sehr toll finde, dass es ab heute mehr Frauen im Rat hat. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Euch allen und wünsche Euch viel Spass und Befriedigung im neuen Amt. Jetzt mache ich noch einen kleinen organisatorischen Hinweis für die neuen Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Wir haben zwei Rednerpulte. Eines hier vorne und eines dort hinten in der Mitte. Ihr dürft jeweils selber entscheiden, welche Distanz den kürzeren Weg darstellt. Wichtig ist einfach, dass man die Mikrofone beim Pult hier vorne nicht berühren oder justieren sollte, das Mikrofon dort hinten darf aber durchaus in der Grösse angepasst werden.

Somit würde ich jetzt gerne in den ordentlichen Ablauf der heutigen Sitzung einsteigen und komme zum Protokoll der letzten Stadtratssitzung vom 16. Dezember 2019. Das Protokoll liegt vor und ist auf der Homepage der Stadt Langenthal aufgeschaltet. Einen ganz herzlichen Dank an die Mitwirkenden für das Verfassen des Protokolls. Ich bitte nun Simone Burkhard Schneider um den Appell.

- 35 Stadträtinnen und Stadträte sind zum Appell anwesend.¹
 - 5 Mitglieder des Stadtrates sind für die ganze Sitzung entschuldigt abwesend.
- 7 Mitglieder des Gemeinderates und der Stadtschreiber und Sekretär des Gemeinderats, Daniel Steiner, sind anwesend.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Ich stelle zuhanden des Protokolls die Beschlussfähigkeit des Stadtrates fest. Und obwohl Ihr es uns hier vorne recht schwierig macht, weil die Sitzordnung, die uns vorliegt, nicht ganz dem entspricht, wie Ihr jetzt Platz genommen habt, hoffen wir dennoch, dass wir es mit den richtigen Namen dennoch reibungslos schaffen werden. Der Versand der Traktandenliste und die Aktenauflage erfolgten vorschriftsgemäss. Die Traktanden sowie auch die Akten, ohne Grundlagenakten, sind neu auf der Homepage aufgeschaltet. Und die grosse Mehrheit der bisherigen Adressaten der Akten verzichtete erfreulicherweise auf den postalischen Versand. Es sind nur noch fünf Mitglieder, die weiterhin die Zustellung per Post aufrechterhalten. Gibt es Bemerkungen zu Traktandenliste? Gut, wenn dem nicht so ist, gehen wir nun zu den ordentlichen Geschäften über und somit zu Traktandum Nr. 2 der heutigen Traktandenliste.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zum Appell sind 35 Stadtratsmitglieder anwesend.



2. Projekt "Zukunft Eissport Langenthal": 2. Lesung; Projektgenehmigung und Kreditbewilligung; Übertragung der Zuständigkeit zur Beschlussfassung über die einzelnen Objektkredite an den Gemeinderat; Verabschiedung zu Händen der Volksabstimmung vom 15. März 2020

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Ich gehe davon aus, dass das Eintreten nicht bestritten ist.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Gut, so möchte ich an dieser Stelle noch ganz kurz einen Dank an die Verwaltung aussprechen. Einerseits für die Durchführung dieses Hearings, das wir geniessen durften, aber auch für die Überarbeitung seit der 1. Lesung. Wir kommen somit zur Beratung. Der Beratungsablauf ist eingeblendet. Wir würden zuerst mit der allgemeinen Beratung starten. Anschliessend erfolgt die Detailberatung zum grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs Ziffer I. und dann gehen wir zur Detailberatung zur Abstimmungsbotschaft über. Im Rahmen der allgemeinen Beratung folgt zunächst die Berichterstattung durch den Gemeinderat. In diesem Fall ist dies Gemeinderätin Helena Morgenthaler, Ressortvorsteherin Kultur und Sport.

Stadtrat Montag, 3. Februar 2020, Traktandum Nr. 2		stadtlangenthal
Beratungsablauf	Projekt Zukunft Eissport Langenthal	
A Berichterstattung:	■ Gemeinderätin Helena Morgenthaler, Ressortvorsteherin Kultur und Sport	
B Stellungnahmen:	■ Stellungnahme der Geschäftsprüfungskommission ■ Stellungnahmen der Fraktionen	
C Allgemeine Umfrage:	■ Einzelsprechende	
D Detailberatung (I): • Fraktionen • Einzelsprechende • Schlusswort GR	Detailberatung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.) / Abstimmung über Anträge: ■ Projektgenehmigung (Ziffer I. 1.) ■ Rahmenkredit (Ziffer I. 2.) ■ Ermächtigung GR für Bewilligung notwendiger Objektkredite (Ziffer I. 3.) ■ Fall Insolvenz Schoren (Ziffer I. 4.) ■ Vollzug durch den Gemeinderat (Ziffer I. 5.)	
E Schlussabstimmung (I):	Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)	
F Beratung (II):	Seitenweise Beratung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussesentwurf Ziffer II. / Abstimmung über Anträge)	
G Schlussabstimmung (II & III):	Schlussabstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussesentwurf Ziffer II.) und den Vollzug (Beschlussesentwurf Ziffer III.)	

A Berichterstattung

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Gerne komme ich auf das Geschäft Eissport Langenthal mit den Teilbereichen "Planungsverfahren" und "Finanzierungs- und Organisationsmodell" und "Weiterbetrieb Eissporthalle Schoren" zurück. Wir debattierten am 16. September 2019 in diesem Saal ausführlich und bis weit nach Mitternacht über dieses Thema, weshalb ich nur noch auf die Änderungen eingehe, die wir seither in die Akten miteinpackten. Wir führten also die Stadtratssitzung per Mitte September durch, anlässlich der eine 2. Lesung beschlossen wurde. Es wurden damals diverse weitere Beschlüsse gefasst und gleichzeitig wurden auch Anregungen gemacht. Der Gemeinderat nahm dies so entgegen. An den Sitzungen vom 16. Oktober und 13. November 2019 befasste sich der Gemeinderat mit diesen Beschlüssen und Anregungen und trug diesen im Grossen und Ganzen auch Rechnung. Am Hearing vom 20. November 2019 war erfreulicherweise eine grosse Mehrheit der Stadträtinnen und Stadträte in der Aula vom K1 anwesend, ebenso auch die Mitglieder der Bau- und Planungs- wie auch der Finanzkommission, Vertreterinnen und Vertreter der entsprechenden Ämter sowie je zwei Vertreter der Kunsteisbahn AG und vom SC Langenthal. Das Interesse war sehr gross, obwohl es sich nicht um einen offiziellen Anlass handelte. Es wurden Fragen gestellt, es wurde diskutiert und man ging auf die Fragen der Anwesenden ein. Noch am selben Abend des 20. November 2019 tagte der Gemeinderat und befasste sich mit diesen Anregungen und verabschiedete sodann das Geschäft anlässlich einer weiteren Sitzung am 27. November 2019.

Ich komme nun kurz auf die wichtigsten Entscheide des Hearings vom 20. November 2019 zu sprechen. Man orientierte dannzumal, dass der Gemeinderat seit dem 16. September, das heisst seit der 1. Lesung, folgenden Beschlüssen entsprach:

Die gewünschte Aktenauflage wurde ergänzt und der Rahmenkredit auf Fr. 2'050'000.00 reduziert. Sie erinnern sich, dass es in den Teilbereichen "Finanzierungs- und Organisationsmodell" sowie beim "Infrastrukturaufwand Schoren" um eine Reduktion von Parkplätzen ging. Daneben galt es die Finanzfolgekosten korrekt darzustellen. Auf all diese Beschlüsse ging der Gemeinderat ein.

Folgende Empfehlungen aus der 1. Lesung nahm man entgegen und entsprach diesen ebenso: In der



Botschaft sind präzisere Angaben zum Eislaufclub zu machen und daneben ging es um verschiedene Empfehlungen zu Streichungen oder Ergänzungen von kleinen Textkorrekturen in der Botschaft. Dies wurde ebenso entgegengenommen und entsprechend umgesetzt. Im Weiteren ging es um die Forderung, einen Vorschlag zum Zahlungsfluss auszuarbeiten sowie die Sicherstellung der Geldmittel im Fall eines Konkurses der Kunsteisbahn AG zu gewährleisten. Beides wurde aufgenommen und entsprechend ausgearbeitet.

Auf Folgendes ging der Gemeinderat nicht ein: Im Beschlussesentwurf unter dem Punkt "Weiterbetrieb Eishalle Schoren - Infrastrukturaufwand" sollte die Bemerkung "Beitrag SCL" ergänzt werden, was der Gemeinderat ablehnte. Hier ging es um die Sache mit der Eigentumsbereinigung, wozu Stadtrat Marti bemerkte, dass es sich hierbei eigentlich um eine Schenkung an den SCL handeln würde. Auch auf den Beschluss, dass die notwendigen Objektkredite in Sachen Teilprojekt "Weiterbetrieb Infrastrukturaufwand Schoren" durch den Stadtrat bewilligt werden sollten, ging man ebenso wenig ein. Dies geschah aus Praktikabilitätsgründen. Auf die Empfehlung, die Sponsoringbeiträge der IBL offenzulegen, verzichtete man ebenso.

An den Gemeinderatssitzungen vom 20. und 27. November 2019 setzte man sich noch einmal mit den Anliegen aus dem Hearing auseinander und fasste folgenden Beschluss: Die Eigentumsbereinigung soll ergänzt und erklärt sowie der Mehrwert zugunsten der Kunsteisbahn AG präzisiert dargestellt werden. Sie konnten dies im B&A erkennen, dass dieser Bitte Rechnung getragen wurde. Die Jahreszahlen punkto Baurechtsvertrag wurden in der Folge ebenso besser dargestellt. Der Überprüfung der diesbezüglich rechtlichen Situation wurde ebenso entsprochen. Daneben wurde die IBL angefragt, ob sie nicht doch bereit ist, die Sponsoringbeiträge offenzulegen.

Ein Begehren für ein juristisches Gutachten zur Einheit der Materie wurde abgelehnt. Dafür wurde nun im B&A eine weitere Begründung zum sachlichen Zusammenhang dieser Einzelvorhaben angeführt. Am Hearing wurde erneut angeregt, dass unter dem Punkt "Infrastrukturaufwand Schoren" dieser Verweis bezüglich "Betrag SCL" stehengelassen werden sollte. Wie bereits erwähnt, geht es hier um die Eigentumsbereinigung, die nun mittlerweile im Bericht und Antrag ausführlich dargestellt wird. Dazu wurden sodann auch noch mündliche Erläuterungen seitens der Herren Costa und Kämpf abgegeben.

Schliesslich wurde der B&A am 27. November 2019 auf den Behördenweg geschickt. Die drei vorberatenden Kommissionen nahmen dieses Geschäft, so wie es sich heute präsentiert, an. Der Gemeinderat dankt allen für die Mitwirkung. Ich persönlich danke vor allem dem ABiKuS¹ und insbesondere den Herren Ott, Muff und Kunz für ihr grosses Engagement.

Ich bin auch bereits einige Jahre in diesem Parlament tätig und es dünkt mich, dass selten ein Geschäft so ausführlich, so transparent und gründlich vorbereitet wurde. Euch allen danke ich für die Aufmerksamkeit und es würde mich sehr freuen, wenn Sie nun dem Geschäft zustimmen könnten. Danke.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Ich danke der Gemeinderätin Morgenthaler für die Ausführungen. Wir kommen nun zur Berichterstattung durch die GPK. Dazu übergebe ich das Wort an Daniel Bösi-ger.

B Stellungnahmen

GPK-Mitglied Daniel Bösi-ger (SVP): Die GPK diskutierte dieses Geschäft nach den Ausführungen der Gemeinderätin Morgenthaler ein weiteres Mal sehr ausgiebig. Ein erstes Ergebnis konnten Sie bereits am Tag danach nach der Sitzung zur Kenntnis nehmen, als Sie im Rahmen eines Mail über die Ergänzung der Aktenauflage informiert wurden. Es wurde ja bekanntlich in der 1. Lesung gefordert, dass bestimmte Unterlagen noch transparent nachzureichen sind. Diese Unterlagen wurden sodann zuhanden der GPK

¹ ABiKuS = Amt für Bildung, Kultur und Sport.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

in unserem Fach bereitgestellt. Die Diskussion ergab sodann, dass nicht alle Dokumente denselben Status, sie als schützenswert zu deklarieren, aufwiesen. Entsprechend nahmen wir dazu eine Triage vor und selektionierten einerseits die Dokumente, die allen Stadträtinnen und Stadträten zugänglich gemacht werden sollten und andererseits diejenigen Unterlagen, die man als schützenswert taxierte und somit nur den GPK-Mitgliedern eine Einsicht vorbehalten ist. Dieser Antrag für eine Triage wurde einstimmig angenommen und der entsprechende Auftrag wurde umgehend an das Sekretariat weitergeleitet, das bereits anderntags vor dem Mittag per Mail informierte und die Aktenauflage ergänzte. Der ganze Ablauf entsprach somit der Geschäftsordnung des Stadtrates gemäss Art. 4 Abs. 2 und stellte ein zulässiges Vorgehen für die verkürzte Aktenauflage in diesem Punkt dar. Weitere Diskussionspunkte ergaben sich bezüglich der Aufgleisung des Geschäftes durch den Gemeinderat für die 2. Lesung. Einerseits ging es dabei um den Begriff der Eigentumsbereinigung, der nicht von allen Seiten genau gleich verstanden wird und wir zur Kenntnis nehmen konnten, dass dies zwar fachtechnisch nicht ganz zutreffend ist, aber in dem Sinn nicht als problematisch angesehen wird. Es wird dann auch noch eine Ergänzung, respektive eine Änderung für die Abstimmungsbotschaft im Zusammenhang mit der Abstimmung von kommendem Sonntag eingebracht, da sich eben dieses Geschäft zur Erhöhung der Beteiligung an den Eiskosten des Nachwuchses nicht mehr in Erarbeitung befindet, sondern nun dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wird. Weiter nahmen wir zur Kenntnis, dass der Gemeinderat bei der Kompetenzaufteilung bezüglich Objektkredit bei seiner ursprünglichen Version bleibt und eine Aufteilung ablehnt, da das System Verlässlichkeit bedingt und somit die Kompetenzen bei gleichzeitiger Umsetzung von Teilprojekten an einem Ort zu sein haben. Wie wir bereits zuvor hörten, kann auch die IBL nicht gezwungen werden, ihre Sponsoringbeiträge offen zu legen. Abschliessend möchte ich erwähnen, dass auch die Mitglieder der GPK es schätzten, dass diese Akten mit grossem Aufwand - wie beschrieben - ergänzt wurden und ganz zuletzt stellte die GPK die formelle Richtigkeit mit 6:1 Stimmen fest. Danke.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Wir kommen nun im Rahmen der allgemeinen Beratung zu den Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher. Wem darf ich das Wort geben?

SP/GL-Fraktion, Roland Loser (SP): Vorneweg möchte ich Dir, Martina, im Namen der SP/GL-Fraktion alles Gute zu Deinem Präsidialjahr wünschen. Ich nehme an, die anderen hier im Saal stimmen mir diesbezüglich zu. Wir wünschen Dir wirklich alles Gute für dieses Amt.

Wir redeten in letzter Zeit viel über den Eissport. Vielleicht sogar zu viel. Es wurde viel gesagt nach der 1. Lesung wie auch nach dem Hearing, wofür auch wir uns bedanken. Somit erhielten auch wir die Unterlagen für die 2. Lesung und konnten diese innerhalb der Fraktion eingehend studieren. Wir stellten dabei fest, dass die diskutierten Punkte grossmehrheitlich umgesetzt wurden und auch im Speziellen der Antrag der SP/GL-Fraktion, auf neue Parkplätze zu verzichten. Die Vorlage, wie sie sich heute Abend präsentiert, wird von der SP/GL-Fraktion grossmehrheitlich ohne Änderungen angenommen. Merci.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Danke vielmals, ganz besonders auch für Deine lieben Wünsche. Gibt es weitere Fraktionssprecherinnen oder Fraktionssprecher?

FDP/jll-Fraktion, Roland Kummer (FDP): Wir von der FDP/jll-Fraktion danken für die Überarbeitung dieser Vorlage. So wurde nun präzisiert, was im Baurechtsvertrag vereinbart wurde und was passiert, wenn die KEB Konkurs erleiden würde. Ebenso wurde die Frage nach den Kosten der Eigentumsbereinigung im Detail geklärt und wie gewünscht erfolgte eine Reduktion der Gesamtkosten. Auch wenn man nach wie vor die jährlich finanzielle Belastung selber aus den Akten zusammenrechnen muss, weil eine Gesamtdarstellung fehlt, finden wir es richtig, wie bereits an der Stadtratssitzung vom 16. September 2019 erklärt, dass nun der Souverän entscheidet, ob er bereit ist, für den Eissport einzustehen. Unsere Fraktion unterstützt grossmehrheitlich die Anträge des Gemeinderates, so wie sie nun vorliegen, aber ohne irgendwelches Präjudiz für eine Beteiligung an einem neuen Stadion. Danke vielmals.

EVP/glp-Fraktion, Jürg Schenk (EVP): Auch wir möchten der Verwaltung für die Ergänzung der Vorlage und die Erweiterung der Aktenauflage danken. Das Planungsverfahren bezüglich Neubau der Eissporthalle Hard wird mit Fr. 965'000.00 veranschlagt. Für das Finanzierungs- und Organisationsmodell sind



Fr. 230'000.00 eingesetzt. Der Weiterbetrieb der KEB Schoren kostet Fr. 664'000.00. Mit zehn Prozent Reserve erhalten wir einen schönen Betrag von über Fr. 2'000'000.00 an Steuergeldern, die wir jetzt diskutieren und auszugeben planen. Wir als EVP/glp dachten vor allem weiter und machten uns über die Zukunft Gedanken. Wir haben so den Eindruck, dass das Motto gilt: " Wir haben ja das Geld, also geben wir es aus". Die Politiker im aktiven Ruhestand reden in der Zeitung davon, dass wir ein stattliches städtisches Vermögen besitzen. Also haben wir es und geben es doch auch einfach aus. Übrigens werden wir in nächster Zeit wieder über das Budget 2021 zu diskutieren haben und dann wird das strukturelle Defizit, wie in den letzten Jahren üblich, das Hauptthema darstellen, worüber wir uns unterhalten werden. Mit dem Rahmenkredit von über Fr. 2'000'000.00 wird der Wegweiser für eine Zukunft des Eisports Langenthal errichtet. Dabei handelt es sich aber lediglich um den Wegweiser. Die neue KEB ist damit noch mit keinem einzigen Franken finanziert. Im Dezember 2019 diskutierten wir hier in diesem Raum über den Klimanotstand. Unsere alte Eissporthalle verbraucht im Betrieb an einem Tag so viel Energie wie ein Einfamilienhaus in einem ganzen Jahr. Wir sind alle gespannt, wieviel Energie eine neue, eventuell grössere Halle benötigen würde. Eine rentable Mantelnutzung und die ganzen Fragen zum Energieverbrauch werden eine grosse Herausforderung sein. Wir von der EVP/glp-Fraktion sind gespannt, wie der Gemeinderat oder die Arena Oberaargau AG sich die Finanzierung dieser neuen Halle vorstellt. Investoren zu finden wird sicherlich nicht einfach sein. Beim Studium der Grundlagenakten gewann nicht nur ich den Eindruck, dass man sich von der angedachten Finanzierung mit Investoren etwas distanziert und sich das Ganze ein wenig mehr zur Stadt verschiebt. Im Klartext heisst das, dass wir ein wenig Angst haben, dass am Schluss der ganz grosse Brocken an der Stadt hängenbleibt. Nach unserer Ansicht darf es aber nicht sein, dass unsere Stadt Millionen für Millionen an Steuergeldern in dieses Projekt investiert. Wir von der EVP/glp-Fraktion werden dieses Geschäft nicht einfach durchwinken, da in unseren Augen zu viele Fragezeichen im Raum stehen. Wir beschlossen deshalb Stimmfreigabe. Merci.

SVP-Fraktion, Janosch Fankhauser (SVP): Ich glaube, das ist ein Jahrhundertprojekt, das hier zur Diskussion steht und diskutiert wird bereits schon lange. Die ersten Fr. 300'000.00 fruchteten nichts. Wir hoffen in unserer Fraktion, dass mit diesem Stein, der nun ins Rollen kommt, für die Stadt endlich eine gewisse Sicherheit erzielt werden kann. Auch selber für den SCL, also diejenigen, die dieses Eis nutzen und wollen. Wir sind der Meinung, dass das, was wir diskutierten und die Ergänzungen, die jetzt auf dem Tisch liegen, gut sind. Nun ist es wichtig, dass der Souverän und das Volk darüber entscheiden. Dieser Meinung waren wir bereits das letzte Mal und werden davon auch nicht abrücken. Deshalb sind wir weiterhin der Ansicht, dass es sich um ein gutes Geschäft handelt und dieses Geschäft nun unbedingt vor das Volk kommen muss und wir diesem Geschäft positiv gegenüberstehen.

C Allgemeine Umfrage

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Wir befinden uns immer noch in der allgemeinen Beratung. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die sich äussern möchten?

Pascal Dietrich (FDP): Ich glaube, dass es wirklich an der Zeit ist, dass wir nun das Volk über diese Vorlage, die wir bereits im letzten Herbst bis nach Mitternacht diskutierten, entscheiden lassen. Ich bin ganz sicher, dass es für Langenthal ganz wichtig ist, und nicht nur für Langenthal, sondern für den gesamten Oberaargau, dass man in Langenthal in absehbarer Zeit ein neues Stadion bauen kann. Ich und wir alle hier drin wissen, dass dies noch ein langer Weg ist. Das wird nicht im nächsten oder übernächsten Jahr passieren, aber irgendwann wird es der Fall sein. Heute wie auch am 15. März 2020 sollten wir eine Schneemeile vorwärtskommen, damit man dann eben auf diesem Weg weiterfahren kann.

Warum ist es denn in meinen Augen so wichtig, dass wir dies so machen? Der erste Punkt lag, wie Martina schon erwähnte, bereits auf dem Tisch. Dabei geht es um diese Karte, auf der eine Schülerin oder ein Schüler davon schrieb, noch besser Skifahren zu lernen. Das hätte natürlich gerade so gut auch noch besser Schlittschuhlaufen heissen können. Das freie Eislaufen ist für mich ein ganz wichtiger Grund und



es ist überhaupt nicht so, dass dies ein Auslaufmodell darstellt. Wenn Sie selber einmal an einem Sonntag mit den Kindern schauen gehen, so findet sich auf dem Eisfeld kaum richtig Platz. Der freie Eislauf boomt nach wie vor und dies ist auch unter der Woche so, wenn die Schulen Schlittschuhlaufen gehen. Und dies wäre ja mehr als traurig, wenn dies in Langenthal plötzlich nicht mehr möglich wäre, was auf jeden Fall zu vermeiden ist.

Aber natürlich ist auch der zweite Grund wichtig: Wir haben in Langenthal Nationalliga-Eishockey und wir strahlen mit diesem Nationalliga-Eishockey in die ganze Schweiz hinaus. Das ist das Thema, wenn man sich irgendwo in der Schweiz befindet. Ich war jetzt auch gerade eben in den Skiferien im Bündnerland und ich erlebte es, dass man Langenthal seitens älterer Leute noch wegen dem Porzellan kennt, was aber langsam etwas verlorengeht. Und die Jüngeren kennen Langenthal wegen dem Eishockey. Also, das strahlt in die ganze Schweiz aus und wir haben im Schoren oben regelmässig viel Publikum in dieser gemütlichen, alten Halle, die aber langsam, aber ganz sicher, zu alt wird. Auch für das Nationalliga-Eishockey benötigen wir dringend eine neue Infrastruktur. Weiter brauchen wir dies natürlich auch für das Curling, denn auch hier besitzt der Name Langenthal mit dem aktuellen Team eine grosse Ausstrahlung. Nicht zuletzt ist aber auch zu erwähnen, dass in der eisfreien Zeit im Mai/Juni denkbar wäre, weitere Verwendungsmöglichkeiten einer solchen Halle in Langenthal zur Verfügung zu stellen. Ich möchte nicht gleich davon reden, dass dies als Stadtsaal genutzt werden könnte, was wahrscheinlich übertrieben wäre. Aber immerhin für eine grosse Generalversammlung im Juni oder so könnte dies auch eine Variante sein. Ganz zuletzt verweise ich auf die Unmenge an Energie, die dort oben verbraucht wird, wie es in der Diskussion auch von der EVP bereits angetönt wurde. Auch in diesem Punkt muss man jetzt umdenken und mit einer neuen Halle könnte man da ganz viel Energie einsparen. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir jetzt heute Abend zustimmen und dass dann auch am 15. März 2020 an der Urne ein Ja herauskommt. Ich bitte Sie sehr, dies im Interesse von Langenthal, im Interesse der Sportinfrastruktur und des ganzen Oberaargaus zu unterstützen. Ganz abschliessend möchte ich mich ebenso an den Dank an die Verwaltung anschliessen. Auch ich gewann den Eindruck, dass dieses Geschäft umfassend und detailliert vorbereitet wurde. Dies gab viel zu tun für die Verwaltung und hier wurde in meinen Augen sehr gute Arbeit geleistet. Danke.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprechende? Wenn dies nicht der Fall ist, so kommen wir jetzt zu Punkt D gemäss Einblendung, nämlich zur Detailberatung des grauen Bereichs bezüglich römisch I des Beschlussesentwurfs. Dabei geht es um den Antrag des Stadtrates auf Zustimmung des Gemeindebeschlusses zuhanden der Einwohnergemeinde Langenthal anlässlich der kommenden Abstimmung. Wir gehen nun so vor, dass wir bei dieser Detailberatung die Fraktionssprechenden, aber auch die Einzelsprechenden zu diesem grau markierten Teil reden lassen würden.

D Detailberatung

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Wem von den Fraktionen darf ich das Wort zu Bemerkungen zu diesem grau markierten Teil römisch I des Beschlussesentwurfs übergeben? Hier scheint niemand mehr das Wort zu wünschen. Gibt es Einzelsprecherinnen oder Einzelsprecher, die sich dazu noch äussern möchten?

Paul Beyeler (EVP): In der 1. Lesung stellte Stadtrat Marti aus juristischen Überlegungen den Antrag, beim Teilprojekt "Weiterbetrieb Eissporthalle Schoren – Infrastrukturaufwand" den Zusatz "Beitrag SCL" anzufügen, weil es keine Verpflichtung gibt, die sogenannte Eigentumsbereinigung auch effektiv durchzuführen. Dieser Antrag wurde gutgeheissen und nun beantragt der Gemeinderat, diesen Zusatz wieder zu streichen; dies mit der Begründung, dass ja reale Eigentumswerte übertragen werden und dass als Folge davon auch der Mietzins an den SCL um Fr. 25'000.00 erhöht wurde. Ausserdem wird darauf verwiesen, dass der SCL eine neue Matchpauschale von etwa Fr. 22'000.00 entrichtet. Die Eigentumsbereinigung kostet die Stadt Fr. 226'000.00. Wenn man die Mietzinserhöhung von Fr. 25'000.00 auf die nächsten fünf oder sechs Jahre hochrechnet, dann werden wir dem sicherlich nicht gerecht, ergeben



sich daraus doch lediglich Fr. 125'000.00 bis Fr. 150'000.00 an Einnahmen, was als Folge dessen angesehen werden muss, dass wir keine weiteren zehn Jahre in dieser Halle bleiben können. Ausserdem sind damit Unterhalt-, Rückbau- und Abbruchkosten, die ebenso mit dem Eigentum in Zusammenhang stehen und nun bei der Stadt landeten, auch nicht gedeckt. Wenn man die Matchpauschale miteinbezieht, sieht es dann natürlich ein wenig besser aus.

Ich stelle nun den Antrag, diesen Zusatz "Beitrag an den SCL" wieder einzusetzen. Warum mache ich das? Im B&A des Verwaltungsrates der KEB AG und des Gemeinderates von Langenthal vom 1. März 2018 wird unter Punkt 6.3.4 festgehalten, dass "derzeit zwischen der KEB AG und dem SC Langenthal Verhandlungen über eine neue Finanzierung des Matchbetriebes für die erste Mannschaft laufen. Es ist das Ziel der KEB, die Investitionen der letzten Jahre wie Videoanlage, Medientribüne, Matchuhr, Bandenanlage und so weiter zu verrechnen (Return on Investment). Das Resultat kann heute noch nicht abgesehen werden. Es ist geplant auf die Saison 2018/2019 die neuen Verträge abgeschlossen zu haben". Es ging dabei um Investitionen von etwa Fr. 350'000.00. In der Budgetplanung 2018 bis zum Betriebsende 2031 der KEB vom 4. März 2018 finden Sie die folgenden Zahlen: 2016/2017 Bahnvermietung an den SCL mit einem Budget von Fr. 80'000.00, Tribünenmiete SCL AG Fr. 12'000.00, was zu totalen Kosten für den SCL von Fr. 92'000.00 führt. Die Rechnung war dann noch ein wenig höher, wahrscheinlich weil die Saison etwas länger dauerte. Die Budgetzahlen bleiben konstant und dabei sind die neuen Verträge sicherlich noch nicht enthalten. Die Mittelflussplanung der KEB vom 17. Mai 2019 für die Zeit von 2018/2019 bis Betriebsende zeigen Folgendes: SCL AG Fr. 65'000.00, Ertrag aus den Nationalliga B-Spielen mit neuem Vertrag Fr. 27'000.00 ergeben somit ebenso Fr. 92'000.00. Das heisst, auch mit diesem neuen Vertrag schaut für die Stadt, respektive für die KEB nichts mehr raus. Es ging dabei nur um eine Umlagerung und die Miete wurde gesenkt und im neuen Vertrag wurde als Ertrag aus den Nationalliga B-Spielen Fr. 27'000.00 eingesetzt. Das führt zu folgendem Fazit: Verhandlungen über einen neuen Vertrag fanden statt, aber führten zu keinen höheren Einnahmen, sondern lediglich zu einer Umlagerung. Falls in der heutigen Botschaft – und von dem gehe ich aus, die aufgeführten Matchpauschalen von ungefähr Fr. 22'000.00 dem entsprechen, was in der Mittelflussrechnung mit Fr. 27'000.00 definiert ist, sinken die Erträge sogar um Fr. 5'000.00. Für grössere Investitionen 2018/2019 und für die Eigentumsbereinigung investierte die KEB AG ungefähr Fr. 570'000.00, was aber nie mehr amortisiert werden kann und irgendwann in fünf oder sechs Jahren, wenn es zum Wechsel kommt, auf null abgeschrieben werden muss. Demgegenüber steht ein Ertragszuwachs von jährlich Fr. 20'000.00. Was man dabei beachten muss, ist, dass die KEB mit diesem Eigentumsübertrag gar nichts anfangen kann, da er keinen Wert darstellt.

Wenn die Zahlen stimmen, und ob das zutrifft, wissen die Verantwortlichen im Gemeinderat besser als ich, so steht die Streichung des Zusatzes nicht nur juristisch, sondern auch wirtschaftlich auf schwachen Füßen. Dieser Hinweis auf diese Einnahmen aus dem neuen Vertrag gilt sicherlich nicht. Wenn wir diese Fr. 20'000.00, verteilt auf fünf bis sechs Jahre, anschauen, kommen wir auf Fr. 120'000.00 und demgegenüber stehen die Fr. 226'000.00 an Investitionen. Das führt dazu, dass die Stadt für diese Eigentumsbereinigung ungefähr Fr. 100'000.00 abschreiben und vergessen muss. Die KEB und die Stadt tragen das grosse Risiko, auch für alle zukünftigen Investitionen, zumal da noch einiges hinzukommt. Dies ist ganz einfach so, weil der Abschreibungszeitraum dauernd kürzer wird. Dies entspricht der Logik: Je später, desto kürzer. Der SCL ist der grosse Profiteur davon und deshalb finde ich, dass der Hinweis auf den Beitrag an den SCL nicht nur juristisch, sondern auch wirtschaftlich gerechtfertigt ist. Juristisch ist es klar, so erklärte es Stadtrat Marti bereits ganz kurz, dass solche Absprachen nur dann gültig sind, wenn sie schriftlich erfolgen, gemäss OR Art. 260. Und wenn betreffend Entschädigung nichts klar geregelt ist, so kommt die Entschädigung nur in Frage, wenn für den Besitzer ein realer Mehrwert entsteht. Und Investitionen sind auf längere Frist gesehen kein realer Mehrwert, der erzielt wird, sondern stellen einen Minderwert dar, zumal wir auch noch für die Entsorgung zu bezahlen haben. Deshalb beantrage ich, diesen Zusatz "Beitrag an den SCL" wieder einzusetzen. Besten Dank.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprechende zum grau markierten Teil? Gut, somit scheint dies der einzige Antrag zu diesem grau markierten Teil von römisch I des Beschlussesentwurfs zu bleiben. Ich hoffe Paul, ich fasse dies nun nochmals in Deinem Sinn zusammen: Du würdest bei korrektem Verständnis meinerseits bei Punkt 1 "Das Projekt Zukunft Eissport Langenthal" und so weiter bei "Neubau Eissporthalle Hard - Finanzierungs- und Organisationsmodelle" sowie "Weiterbetrieb Eissporthalle Schoren – Infrastrukturaufwand" Folgendes ergänzen: "- Beitrag SCL". Das wäre Dein Vorschlag. Verstanden dies soweit alle? Es war ja etwas, was wir anlässlich der 1. Lesung eigentlich so beschlossen. Es wurde in der Zwischenzeit wieder gestrichen und Paul Beyeler beantragt, dies wieder neu aufzunehmen.

Nun machen wir das so, wenn ich dies alles richtig im Griff habe, dass wir über diesen Antrag abstimmen. Ah, Entschuldigung, wir brauchen ja auch hierzu noch die Beratung und können somit noch nicht sofort zur Abstimmung schreiten. So kommen wir jetzt also noch zur Beratung zu diesem Antrag von Paul Beyeler. Somit würde ich nun allen Fraktionen wieder das Wort erteilen. Wer wünscht sich dazu zu äussern? Das scheint niemand zu sein. Gibt es Einzelsprechende, die sich dazu nochmals äussern möchten?

Roland Loser (SP): Das waren nun relativ viel Zahlen von Dir, Paul. Es ist sehr schwierig, diese in so kurzer Zeit wirklich nachzuvollziehen. Wir können auch niemanden fragen, wie es effektiv war oder ist, oder ob es sich dabei vielleicht nur um eine Falschinterpretation handelt, die Du hier vornimmst. Nach meinem Wissen, und du sagtest dies so glaube ich richtig, sind es bei der Miete diese Fr. 25'000.00 Mehrkosten und mehr oder weniger diese Fr. 22'000.00 bei den Matchpauschalen, was für mich summa summarum Fr. 47'000.00 ergibt. Das heisst, dass dies theoretisch in fünf Jahren eigentlich amortisiert wäre. Vom Rückbau redeten wir jetzt bislang noch nicht. Obwohl es da um ein paar Holzkisten in den Ecken geht, was meiner Meinung nach nicht eine allzu grosse Sache sein sollte, gibt es dabei doch auch grössere Probleme, ich denke dabei beispielsweise an den Rückbau der Eismaschine etc. Deshalb empfehle ich Ihnen, diesen Zusatz "Beitrag SCL", was aus meiner Sicht effektiv falsch ist, wieder zu streichen.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Weitere Einzelsprechende?

Diego Clavadetscher (FDP): Lieber Stadtrat Loser, ob diese Zahlen nun richtig oder nicht richtig sind, können wir hier jetzt nicht beurteilen. Aber in der Aktenaufgabe befindet sich eine Cashflow-Rechnung der KEB, und dort ist genau dieser Effekt abgebildet, der Paul Beyeler nun darstellte. Und wenn Du meinst, dass wir es jetzt nicht richtig anschauen können, dann haben wir ein Problem mit der Botschaft auf Seite 14, wo dargelegt wird, was im Detail unter dem Titel Eigentumsbereinigung vorgelegt wurde und was mit dem Mietzins, der Infrastruktur- und Matchpauschale entsprechend ausgewiesen wird. Das ist der Problemkreis, worin wir uns bewegen, wenn wir nicht auf das zurückkommen, was wir das letzte Mal in diesem Stadtrat, zwar mit einer knappen, aber dennoch mit einer Mehrheit beschlossen. Im Moment deckt sich somit der Inhalt, was in den Akten steht, nicht mit dem, was wir in die Botschaft schreiben wollen und es deckt sich auch nicht mit dem, was wir mit unserem eigentlichen Antrag bezweckten. Also sollten wir im Zweifelsfall für die sichere Lösung votieren, vor allem auch dann, wenn Ihr diese Vorlage durchbringen wollt, anstatt einfach davon auszugehen, dass es wohl schon gut sein wird.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Ich hoffe, ich übersah niemanden, aber das scheint nicht der Fall zu sein. Möchte der Gemeinderat nochmals das Wort? Nein, somit kommen wir nun definitiv zu dem, was ich bereits vorziehen wollte, nämlich zur Abstimmung über diesen Antrag. Wir würden so abstimmen, dass wer für den vorliegenden Beschlussesentwurf ist, also das, was uns der Gemeinderat vorschlägt, soll dies nun mit der orangen Karte anzeigen. Wer für den Antrag von Paul Beyeler ist, soll die jetzt mit seiner Karte anzeigen. Enthaltungen?



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

Abstimmung über Antrag GR vs. Antrag Paul Beyeler (EVP) "Beitrag an SCL":

Antrag GR: 23 Stimmen angenommen

Antrag Beyeler: 12 Stimmen

Enthaltungen: 0 Stimmen

Wir befinden uns immer noch in der Detailberatung zum grauen Teil. Gibt es hier noch weitere Wortmeldungen oder Anträge? Gut. So frage ich auch hier nochmals der Korrektheit halber an, ob der Gemeinderat nochmals das Wort wünscht? Dies ist nicht der Fall. So kommen wir nun zur Abstimmung über den gesamten grauen Teil, also das, was der Stadtrat beantragt, der Einwohnergemeinde Langenthal zur Zustimmung vorzulegen. Wer das so gutheissen kann, soll dies nun mit seiner orangen Karte anzeigen. Wer dem so nicht zustimmen kann, der soll jetzt seine Stimmkarte zeigen. Enthaltungen?

III Abstimmung:

E Abstimmung über den grau markierten Teil des Beschlussesentwurfs (Ziffer I.)

- I. Der Stadtrat, gestützt auf Art. 67 Abs. 2 bzw. Art. 58 Abs. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme des gemeinderätlichen Berichtes vom 18. Dezember 2019, beantragt der Einwohnergemeinde Langenthal mit 29 Stimmen Ja gegen 3 Stimmen Nein bei 3 Enthaltungen Zustimmung zu folgendem Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 sowie nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 3. Februar 2020

beschliesst:

1. Das Projekt "Zukunft Eissport Langenthal", bestehend aus den Teilprojekten "Neubau Eissporthalle Hard – Planungsverfahren", "Neubau Eissporthalle Hard – Finanzierungs- und Organisationsmodelle" sowie "Weiterbetrieb Eissporthalle Schoren – Infrastrukturaufwand", gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.
2. Zur Finanzierung des Projekts "Zukunft Eissport Langenthal" wird ein Rahmenkredit von Fr. 2'050'000.00 (inklusive MWST) zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto 6160.5090.02 (Rahmenkredit Zukunft Eissport Langenthal), bewilligt.
3. Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle für die Umsetzung des Projekts "Zukunft Eissport Langenthal" notwendigen Objektkredite zu bewilligen.
4. Im Teilprojekt "Weiterbetrieb Eissporthalle Schoren – Infrastrukturaufwand" gilt für den Fall einer Insolvenz der Kunsteisbahn Langenthal AG Folgendes:
 - a. Rechnungen werden für Arbeiten bezahlt, die bis zum Zeitpunkt der Insolvenz geleistet wurden. Keine Zahlungen erfolgen für Arbeiten, die nach dem Zeitpunkt der Insolvenz geleistet wurden.
 - b. Für bereits geleistete Zahlungen der Stadt Langenthal wird ein grundpfandrechtlich gesicherter Rückerstattungsanspruch der Stadt Langenthal vertraglich geregelt.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.



F Beratung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussentwurf Ziffer II. / Abstimmung über Anträge)

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Somit kommen wir nun zur Beratung der Abstimmungsbotschaft, bei der wir seitenweise vorgehen. Den Abschnitt "Das Wichtigste in Kürze" lassen wir weg und somit starten wir auf Seite 6 mit "1. Ausgangslage". Gibt es zu Seite 6 Anträge?

Seite 6

Renate Niklaus (glp): Roland Loser erwähnte es bereits, dass wir in den letzten Wochen sehr viel über den Eissport redeten und ich sprach auch mit vielen Frauen, sodass ich nachfolgenden Antrag stellen werde. Und zwar geht es darum, dass in der Botschaft einmal klargemacht werden sollte, wofür genau eigentlich Geld ausgegeben wird. Es ist das Ziel, dass für die Stimmbürger ersichtlich wird, ob das Geld nun für Frauen oder für Männer ausgegeben wird. Zuvor wurde bereits einmal erwähnt, wie viele Frauen und Männer überhaupt Eissport betreiben. Deshalb bat ich zusammen mit Saima Sägesser die Vereine um Auskunft über den jeweiligen Anteil zwischen Frauen und Männern. Wir sind der Meinung, dass es an der Zeit ist, auch hier in der Stadt einmal über ein gendergerechtes Budget zu diskutieren und es dabei auch einmal offengelegt wird und einer ganz normalen Kontrolle entspricht, wieviel Geld eigentlich für Anliegen von Frauen und Männern ausgegeben wird. Deshalb stellten wir auch diese Zahlen zusammen, die darüber Auskunft geben, wie sich der Anteil der Mitglieder zwischen Frauen und Männern aufteilt.

Man sieht beim Curlingclub, dass zwei Drittel der Mitglieder Männer sind. Beim SCL sind es natürlich normalerweise mehr, was man anhand der Aufstellung gut erkennen kann. Beim SCL erhielten wir einfach die Zahlen über die gesamte Anzahl an Mitgliedern, das heisst inklusive Passivmitglieder. Bei Eislaufclub würde man normalerweise mehr Frauen erwarten. Dabei meldete uns der Eislaufclub, dass sie einfach über zu wenig Eiszeit verfügen, um die Teilnahme von Frauen mehr fördern zu können. Ansonsten wären dort sicherlich mehr Frauen auf dem Eis dabei.

Es geht mir nicht darum, dass wir hier irgendetwas verzögern oder in die Länge ziehen möchten, sondern es geht einmal alleine darum, den Stimmbürgern aufzuzeigen, wieviel Geld wohin fließt. Deshalb bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen. Vielen Dank.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Dieser Antrag betrifft sodann auch gleich noch Seite 7. Ich frage einmal noch nach, ob es noch andere Anträge zu dieser Seite 6 gibt? Wenn dem nicht so ist, so hoffe ich, dass ich es dieses Mal richtig mache und deshalb bitte ich nun die Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher sich bei Bedarf zu diesem Antrag von Stadträtin Niklaus zu äussern. Wem darf ich das Wort erteilen? Das scheint niemand zu wünschen. Möchte eine Einzelsprechende das Wort?

Saima Sägesser (SP): Mein Argument, weshalb ich diesen Antrag unterstütze und auch daran mitarbeitete, ist die Transparenz. Und deshalb machen wir es auch transparent, dass wir drei Köchinnen sind, die diesen Antrag vorbereiteten. Beatrice Lüthi war da auch mit von der Partie. Wie bereits Helena sagte, wurde hier mit viel Transparenz daran gearbeitet und wir finden, dass man noch etwas mehr Transparenz reinbringen könnte. Dies bezwecken wir nämlich mit der geschlechtsspezifischen Auflistung der Mitgliederstruktur. Ich erhielt letzten Freitag telefonisch und per Mail bereitwillig Auskunft. Dabei konnte ich sehr sympathische Gespräche führen, was mich auch darin bestärkte, dieses Geschäft zu unterstützen. Aber ich würde es noch mehr unterstützen, wenn es noch ein wenig transparenter wäre. Dabei stellte sich beispielsweise heraus, dass die Mitgliederzahl des Eislaufclubs seit Ende 2018 im Sinken begriffen ist und der Club eigentlich über keine aktiven Mitglieder mehr verfügt, sondern nur noch aus dem Vorstand besteht. Das finde ich extrem schade und dabei zeigte es mir eben auch, dass, wenn man über Eissport redet, alle sofort an den SCL denken. Aber es gibt noch ganz, ganz viel mehr. Das ist für mich



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

ein Grund mehr, warum wir an diesem Geschäft dranbleiben müssen, weil eben die Nutzung auf weitere Vereine erweitert werden muss. Dabei sollte auch an die Nutzung einer möglichen neuen Eishalle gedacht werden, die dann einmal auch unabhängig vom Eis funktionieren sollte.

Deshalb wünsche ich mir, dass diese Zahlen mit mehr Transparenz auch dazu führen, dass sich noch mehr Leute zur weiteren und vielfältigen Nutzung Gedanken machen, die man mit einer neuen Halle gerne erreichen möchte. Entsprechend bitte ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Gibt es weitere Einzelsprechende? Das scheint nicht zuzutreffen. Wünscht der Gemeinderat nochmals das Wort?

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Ich möchte einfach noch kurz etwas wegen dem Eislaufclub präzisieren. Zwei, drei von den Stadträtinnen und Stadträten waren ja oben und schauten sich einmal die Infrastruktur vor Ort an. Zu diesem Zeitpunkt war der Eislaufclub im Rahmen des Schulsports mit etwa 60 Kindern anwesend. Ich glaube, es war an einem Mittwochabend und die anwesenden Kinder waren alles Mädchen. Dies wäre in dieser Liste ebenso zu ergänzen, handelt es sich dabei doch beinahe um einen reinen Mädchensport.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. So stimmen wir nun über diesen Antrag ab. Wir stellen dabei den Antrag der Stadträtin Niklaus dem Antrag, so wie er nun in der Botschaft drinsteht, gegenüber. Wer nun also die Botschaft, so wie sie auf Seite 6 und Seite 7 vorliegt, unterstützen kann, soll dies jetzt mit der orangen Karte bezeugen. Da ich sehe, dass Stadträtin Sägesser hier jetzt mitstimmt, scheint es nicht richtig verstanden worden zu sein, weshalb ich es nochmals wiederhole. Wer die Botschaft, so wie sie vom Gemeinderat jetzt bereits vorliegt, unterstützen kann und somit diese Ergänzungen gemäss Antrag von Stadträtin Niklaus nicht machen möchte, soll jetzt bitte die Karte zeigen. Wer den Antrag der Stadträtin Niklaus unterstützen kann, soll es nun mit seiner orangen Karte zeigen. Enthaltungen?

Abstimmung über Antrag GR vs. Antrag Renate Niklaus (glp) bezgl. Seite 6/7:

Stadtratstraktandum 2

Antrag GR:	15 Stimmen
Antrag Niklaus:	16 Stimmen angenommen
Enthaltungen:	4 Stimmen

Botschaft	Antrag Renate Niklaus
1.1 Nachfrage nach Eissport	1.1 Nachfrage nach Eissport
<i>Curling Club Langenthal</i> Der Curling Club Langenthal zählte per Ende 2018 insgesamt 110 aktive und 18 passive Mitglieder.	<i>Curling Club Langenthal</i> Der Curling Club Langenthal zählt aktuell insgesamt 119 aktive (82 Männer / Buben; 37 Frauen / Mädchen) und 21 passive Mitglieder.
<i>Eislaufclub Langenthal</i> Der Eislaufclub Langenthal zählte per Ende 2018 insgesamt 17 Mitglieder.	<i>Eislaufclub Langenthal</i> Der Eislaufclub Langenthal zählte per Ende 2019 insgesamt 7 Vorstandsmitglieder (2 Männer und 5 Frauen).
<i>SC Langenthal</i> Der SC Langenthal bildet sich aus den drei Institutionen SC Langenthal AG, SCL Nachwuchs AG und SCL Verein. Der SC Langenthal zählte per Ende 2018 insgesamt 570 aktive und 330 passive Mitglieder.	<i>SC Langenthal</i> Der SC Langenthal bildet sich aus den drei Institutionen SC Langenthal AG, SCL Nachwuchs AG und SCL Verein. Der SC Langenthal zählt aktuell 902 Mitglieder, davon 713 Männer und 189 Frauen.

Gibt es nun noch weitere Anträge zu Seite 6 oder zur Seite 7, wo wir nun bereits eine Änderung vornehmen?

Seite 7 bis Seite 22

Ohne weitere Änderungen.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

Somit wären wir mit Detailberatung der Abstimmungsbotschaft durch. Da es nun effektiv zu Anträgen kam, bedeutet dies auch, dass redaktionelle Änderungen vorgenommen werden müssen. Der Stadtrat kann das Ratsbüro mit dieser endgültig redaktionellen Abfassung und der Genehmigung dieser Urnenbotschaft ermächtigen. Damit nun alles korrekt abläuft, zumal dies gemäss der neuen Geschäftsordnung nicht mehr explizit geregelt ist, so wie es noch unter Art. 12 Abs. 3 der alten GO der Fall war, sollte sich aber die Aufgabe ganz allgemein aus Art. 15 Abs. 1 Lit. G der neuen Geschäftsordnung ergeben. Darin ist festgehalten, "dass das Büro des Stadtrates die übrigen vom Stadtrat übertragenen Aufgaben bearbeitet". Dies würde nun eben in diesem Fall bedeuten, dass dies die redaktionelle Anpassung in Bezug auf die gestellten Anträge betrifft. Wir müssten von Ihnen somit noch die Zustimmung erhalten, dass die endgültig redaktionelle Änderung das Büro des Stadtrates vornehmen darf. Wer dem zustimmen kann, soll dies nun mit seiner orangen Karte anzeigen. Gegenmehr? Enthaltungen?

Abstimmung zur Übertragung der redaktionellen Änderungen an das Ratsbüro:

34 Stimmen Ja angenommen

0 Stimme Nein

1 Stimme Enthaltung

Somit frage ich ein letztes Mal an, ob es bei dieser Detailberatung zur Abstimmungsbotschaft noch weitere Wortmeldungen gibt? Möchte der Gemeinderat nochmals etwas dazu sagen? Somit kommen wir gemäss dem Ablauf zur definitiven Schlussabstimmung über die Abstimmungsbotschaft, ob wir diese den Langenthalerinnen und Langenthälern im März 2020 so vorlegen können. Wer die jetzt so vorliegende Botschaft inklusive der noch zu machenden Anpassungen unterstützen möchte, soll dies nun mit der Karte anzeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen? Was ich noch vergass zu erwähnen, ist, dass wir automatisch auch noch römisch III mitberücksichtigen und der Gemeinderat somit mit dem weiteren Vollzug beauftragt wird.

G Schlussabstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft (Beschlussentwurf Ziffer II.) und den Vollzug (Beschlussentwurf Ziffer III.)

■ **Der Stadtrat beschliesst mit 31 Stimmen Ja gegen 4 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen:**

II. Der Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 18. Dezember 2019 betreffend "Zukunft Eissport Langenthal" für die Gemeindeabstimmung vom 15. März 2020 wird genehmigt.

III. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



3. Motion der SVP-Fraktion vom 16. September 2019: Planungssicherheit für das Gebiet Alte Mühle; Stellungnahme³

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Wir kommen zu Traktandum Nr. 3 der heutigen Sitzung. Dazu möchte ich noch darauf hinweisen, dass der Gemeinderat eine Aufschiebung der Behandlung dieser Motion beantragte und der Stadtratspräsident von letztem Jahr bewilligte dies. Deshalb finden Sie die Behandlung dieser Motion erst heute auf der Traktandenliste. Es handelt sich dabei um ein zwingendes Geschäft und somit ist ein Nichteintreten ausgeschlossen.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Wir kommen somit direkt zur Beratung. Die Berichterstattung durch den Gemeinderat liegt bei Stadtpräsident Reto Müller, Ressortvorsteher Bau und Planung.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Es ist so, dass die Stadtratspräsidentin ebenso genehmigte, dass man hier zu dieser Stellungnahme zur Motion eine Mitteilung des Gemeinderates vorzieht, weil es aus Sicht des Gemeinderates keinen Sinn macht, dass er zuerst nur zur Motion Stellung bezieht und erst nachher, zwei, drei Traktanden später unter Mitteilungen des Gemeinderates noch diese Nutzungsstudie vorstellt, die der Gemeinderat für diese Gebäulichkeiten hier im Areal Alte Mühle in Auftrag gab. Ich komme deshalb zuerst zur Mitteilung des Gemeinderates, was die Ergebnisse der Nutzungsstudie betrifft.

Wir starteten im Zusammenhang mit dieser Nutzungsstudie einmal an einem Samstag mit einer Beratung in der Alten Mühle, was in diesem Gebiet gemacht und realisiert werden können soll. Und wie Ihnen bestens bekannt ist, ergab das Ergebnis, dass man alles prüfen sollte, was hier machbar ist, ausser das Wohnen. Wir traten daraufhin auch mit mehreren Institutionen und auch AGs in Kontakt und schauten, wie vital oder wie gross überhaupt das Interesse vorhanden ist, sich dereinst vielleicht in der Alten Mühle ansiedeln zu wollen. Daraus ergab sich, dass es durchaus interessierte Institutionen oder AGs gibt, die sich hier für Gewerbe und Dienstleistungen ansiedeln würden.

Die Nutzungsstudie wurde sodann auf Grundlage des Raumbedarfs erstellt. Wir zeigen Ihnen heute, was diese Institutionen für Angaben machten. Da dies aber alles noch sehr unverbindlich ist, zeigen wir Ihnen heute insbesondere, was die generellen Überlegungen dahinter sind. Generell ging man davon aus, dass man möglichst viel vermietbare Fläche innerhalb dieser Gebäude realisieren möchte, sodass dies eben auch ökonomisch wieder rentabel sein könnte.

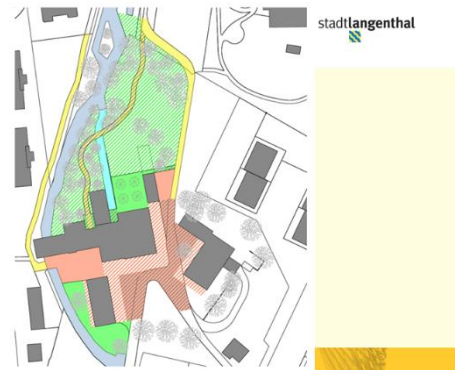
Sie kennen diese Gebäude bestens, hier ersichtlich unter Punkt 1 "Silo", Punkt 2 "Alte Mühle", Punkt 3 das "Nebengebäude der Alten Mühle", das heute vor allem die Technik beinhaltet, Punkt 4 "Brauerei", Punkt 5 "Mühle Bauernhof" und unter Punkt 6 erkennen Sie die "Mühle Stallungen".



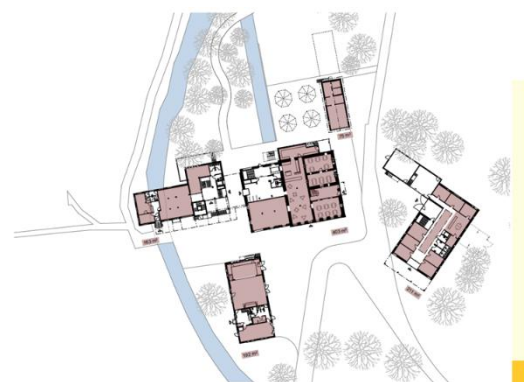
³ Fristverlängerung vom Gemeinderat am 25. Oktober 2019 beantragt und vom Stadtratspräsidenten am 25. Oktober 2019 genehmigt.



Man bezog innerhalb dieser Retraite mit Gemeinde- und Stadtrat auch den Aussenraum mit ein. In Zusammenarbeit mit Fachexperten kam dabei auch die Idee eines Stadtparks auf, den man implementieren könnte. Auch dies nahm man innerhalb dieser Studie auf. Sie sehen es hier, dass dabei auch eine neue Durchwegung angedacht ist, die innerhalb dieses Areals auch zum Durchbruch innerhalb des Mühlesilos führen würde. Dieser Durchbruch ist bereits in der Überbauungsordnung (ÜO) festgehalten, damit dies so auch machbar wäre. Ebenfalls wäre es eine Möglichkeit, dass man den ehemaligen Kanal, also dort, wo das Wasser bei der Alten Mühle zum Wasserrad floss, wieder sichtbar machen würde. Dies würde zu einem Aussenraum mit Wasser und Grünfläche führen, aber auch mit einer neuen, direkteren Durchwegung hier entlang der Langeten, was zu einer Öffnung dieses Parks führen würde.



Bei der Fläche, die nutzbar gemacht werden könnte, beginnen wir beim EG. Im UG würde man neu die Technik ansiedeln. Sie sehen auch, dass hier, wenn man dies gemäss Studie umsetzen würde, das Nebengebäude, worin sich heute die Technik befindet, entfernt würde, damit dadurch eben die Stadtpark-ähnliche Situation besser realisiert werden könnte. Dann würde man wie gesagt diese Durchwegung hier auf Erdgeschoss-ebene schaffen, die dann das Mühlesilo ergänzen und einen Durchgang zur heutigen Alten Mühle ergeben würde. Hier ist es so, dass die allgemeinen Flächen immer in weiss angegeben werden und die in einem warmviolett dargestellten Flächen den vermietbaren Flächen entsprechen. Hier im EG der Alten Mühle gäbe es nach wie vor einen Restaurationsbetrieb, natürlich auf einer verringerten Fläche, die so nutzbar gemacht werden könnte. Der Innenausbau im Mühlesilo ist dabei noch nicht detailliert dargestellt. Das ist also gleichwertig und wie Sie hier sehen, nahm man bei den Stallungen beim Jugendhaus an, dass die jetzige Nutzung bestehen bleibt. Und beim Bauernhaus müsste es eine Haus-in-Haus-Lösung geben, auch aufgrund der heute noch vorhandenen Bausubstanz, sodass man dort ein komplett neues Haus in die alte Hülle hineinbauen könnte. Dies würde im Erdgeschoss eine ungefähre Nutzfläche von 1'044 m² ergeben.

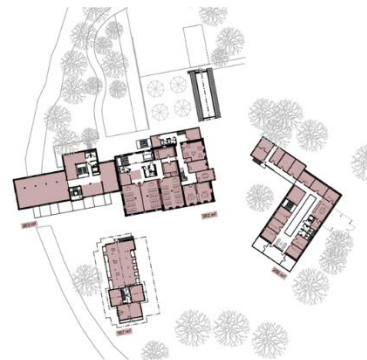




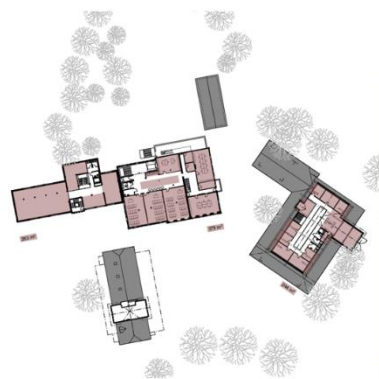
Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

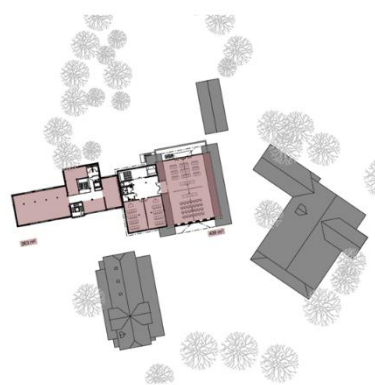
Im ersten Obergeschoss der Alten Mühle dachte man an, dass diejenigen Räume mit heute wenig Lichteinfall als Schulungsräume genutzt werden könnten. Wie Sie wissen, hatte man bereits Kontakt mit der Migros-Clubschule und wir standen auch mit Maxi.mumm in Kontakt, das dann irgend einmal beim jetzigen Standort T-System ausziehen wird. Daneben dachten wir auch an die Volkshochschule. Diese Räume wären so dann immer noch nutzbar für eine Restauration oder als Sitzungszimmer, auch für die Öffentlichkeit. Und hier sehen Sie den Grundriss, der sich möglicherweise im Mühlesilo und auch bei der möglichen Haus-in-Haus-Lösung für das Bauernhaus ergeben könnte. Wie gesagt werden die Stallungen nicht angetastet und insgesamt führt dies zu rund 1'100m² im ersten Obergeschoss.



Somit wechseln wir in den zweiten Stock. Hier sieht man erneut Schulungsräume und Sitzungszimmer, die man nach wie vor für die Öffentlichkeit oder für die Restauration oder auch für diese Schulungsräume hier als Kurslokale gebrauchen könnte. Die Grundfläche erstreckt sich hier, wie auch im Dachgeschoss des Bauernhauses bis zur Ausfahrt über das Tenn.



Sodann sind wir hier, wo wir jetzt sitzen. Dem Gemeinderat war es ein Anliegen, dass man eigentlich den Saal in seiner Funktion und Grösse erhalten sollte. Auch hier einmal mit dieser Trennung in der Mitte dargestellt, so dass sich auf beiden Seiten ein Saal befinden würde. Aber dem Gemeinderat war es auch wichtig, dass man die Stadtratssitzungen weiterhin in der Alten Mühle abhalten kann. Auch hier auf diesem Geschoss liessen sich auf derjenigen Seite, die sich dafür eignen würde, zwei Kursräume einbauen. Zusammen mit dem im Mühlesilo bekannten Grundriss führt dies zu einer Fläche von 702 m².





Wenn man alles so realisiert, könnte es, so wie auf dieser Folie ersichtlich, aussehen. Sie sehen hier die Visualisierung des Mühlesilos mit diesem Durchbruch. Die Alte Mühle ist hier mit "Maschinenhaus" angeschrieben, was eben den neuen Zugang darstellt, wie man letztendlich in dieses Tagungs-, Kurs- oder Schulungszentrum eintreten könnte.



Auf der Rückseite sehen Sie, dass die Eingriffe, zumindest bei der Alten Mühle, sehr gering ausfallen. Aufgrund des Rückbaus des heutigen Anbaus ist es so, dass man bezüglich des Notausgangs eine neue Lösung finden müsste. Entsprechend würde es einen neuen Rückausgang brauchen. Daneben konnte man mit der kantonalen Denkmalpflege vereinbaren, dass man die Fenstereinschnitte für alle Stockwerke auf allen Seiten des Mühlesilos vereinheitlichen könnte. Sie sehen auch, dass man das eigentliche Silo,

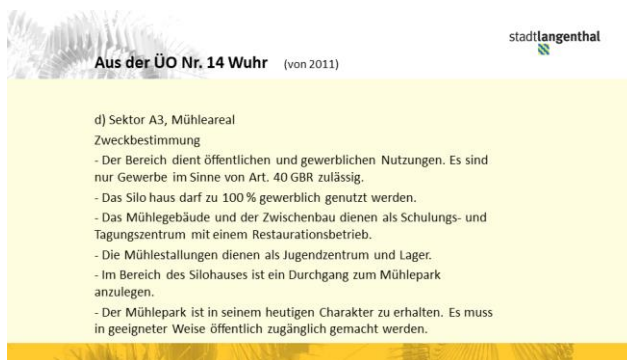


also diesen Kanister, neu einpacken würde und dass auch dort grössere Fensterausschnitte möglich wären, die sich über mehrere Stockwerke hinweg erstrecken würden. Das war nun die Mitteilung des Gemeinderates zur Nutzungsstudie.

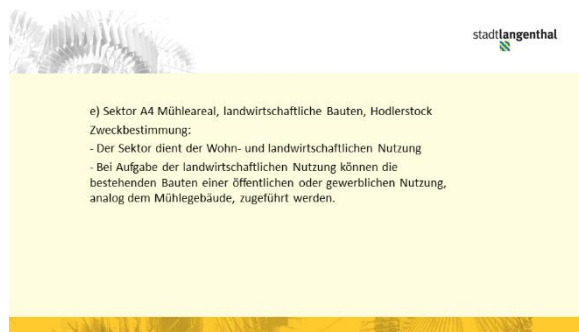
Nun komme ich zur Stellungnahme der Motion, die es jetzt als Traktandum Nr. 3 zu beantworten gilt. Die Motion beantragte nachfolgende drei Punkte: Es soll erstens ein Vorschlag zur Auflösung der Stiftung vorgelegt werden. Es ist so, dass der Gemeinderat und der Stiftungsrat sich dabei einig sind, dass man diese Stiftung "Alte Mühle" auflösen möchte. Der Gemeinderat erteilte dem federführenden Finanzamt den Auftrag, eine Vorlage auszuarbeiten, die in Abstimmung mit der bernischen Stiftungsaufsicht BWSA zum Inhalt hat, wie die Alte Mühle als Gebäude wieder in das städtische Eigentum zurückgeführt werden könnte. Wenn wir nun punktweise über diese Motion in Langenthal abstimmen könnten, dann kann davon ausgegangen werden, dass man den ersten Punkt annehmen, aber gleichzeitig auch schon als erfüllt abschreiben würde, weil sich der Gemeinderat bereits auf dem Weg befindet, dies effektiv so zu machen.



Beim zweiten Punkt geht es um die Überbauungsordnung (ÜO). Dabei wird eine schlüssige Überbauungsordnung für das gesamte Gebiet gefordert, und oder Teile davon auszuarbeiten und vorzulegen. Wenn Sie die heutige ÜO betrachten, dann stellt man fest, dass die Pläne, die der Gemeinderat nun in der vorliegenden Nutzungsstudie abbilden liess, auch mit der heutigen ÜO realisierbar wären. Bereits heute ist darin festgehalten, dass man beispielsweise das Silohaus zu 100% gewerblich nutzen darf und eine Nutzung des Zwischenbaus nur als Schulungs- und Tagungszentrum zusammen mit einem Restaurantsbetrieb zulässig ist. Das wäre nun auch mit der soeben vorgestellten Nutzungsstudie der Fall. Auch dass die Mühlehallungen weiterhin als Jugendzentrum oder Lager dienen, wäre damit erfüllt.



Was die landwirtschaftlichen Bauten und den Hodlerstock anbelangt, soll "dieser Sektor der Wohn- und landwirtschaftlichen Nutzung dienen". Und wenn man die landwirtschaftliche Nutzung beim Bauernhaus einstellt, so könnten die Bauten analog dem Mühlegebäude öffentlicher und gewerblicher Nutzungen zugeführt werden. Also sind wir auch dort innerhalb von dem, was man im Rahmen der Nutzungsstudie abklärte.



Das heisst, der Gemeinderat kam bezüglich der Motion zum Schluss, dass es momentan noch nicht abschliessend klar ist, ob die ÜO anzupassen ist oder nicht. Wie Sie wissen, ist es so, dass eine Anpassung der ÜO immer wieder einen gewissen Aufwand darstellt und Zeit benötigt. Insofern macht es Sinn, die Motion in ein Postulat umzuwandeln.

Beim dritten Punkt geht es darum, dass eine Vorlage für einen Verkauf oder die Abgabe im Baurecht von Teilen vom Land und/oder der Liegenschaft ausgearbeitet werden soll. Dies entspricht ja der Kaskade, zumal die Alte Mühle im Moment nicht im Besitz der Stadt ist. Wir sind aber daran, dies dann in städtisches Eigentum zu überführen. Wie Sie sahen, muss man investieren, wenn man die Gebäulichkeiten vermieten und nutzbar machen möchte. Die Frage, wer investiert, ob dies letztendlich die Stadt ist, die selber investieren möchte, konnte der Gemeinderat noch nicht abschliessend beraten und darüber befinden. Diejenigen unter Ihnen, die schnelle Kopfrechnerinnen und Kopfrechner sind, konnten erkennen, dass die Kostenschätzung von summa summarum 20 Millionen Franken ausgeht. Dabei geht es auch um die Rendite, die sich für gewisse Teile der Gebäude prognostizieren lässt und gleichzeitig um die Klärung, ob man mit Dritten, mit Investorinnen und Investoren, eine Zusammenarbeit sucht, damit hier wieder eine grössere und bessere Belegung für das gesamte Areal realisiert werden kann.

Insofern sagen wir heute nicht kategorisch nein, aber auch nicht ja zu diesem Punkt der SVP-Fraktion. Deshalb ist heute die Empfehlung des Gemeinderates an das Parlament, dass man diese Motion im Sinne des Postulates für erheblich erklärt. Wir hoffen, dass dies die SVP-Fraktion genauso sieht und mit der Wandlung einverstanden ist. Merci für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank für die Ausführungen. Ich glaube, es machte Sinn, hier die Mitteilung des Gemeinderates vorzuziehen. Wir kommen nun zur Berichterstattung der GPK. Ich übergebe das Wort an Stadtrat Loser.



GPK-Mitglied Roland Loser (SP): Die GPK schaute sich diese Motion an ihrer letzten Sitzung an und ich rede nun hier gleichzeitig zu beiden SVP-Motionen, das heisst auch zur Motion, die anschliessend traktandiert ist. Was uns dabei auffiel, war sozusagen dasselbe; nämlich, dass ja neu nach Art. 53 der GO "die Berichterstattung in der Regel schriftlich zu erfolgen habe". Wir sahen nun bei der Stellungnahme zu dieser ersten Motion, dass diese mündlich erfolgte. Bei der folgenden Motion im Rahmen des nächsten Traktandums wird sie auch mündlich erfolgen. Das führte dazu, dass aus der Reihe der GPK der Antrag gestellt wurde, die formelle Richtigkeit dieses Geschäfts zu bezweifeln, was eine Rückweisung an den Gemeinderat zur Folge hätte, oder dass man hier im Stadtrat den Antrag stellt, diese Art von Berichterstattung oder eben das Geschäft aus formellen Gründen zurückzuweisen.

Wie kommt die GPK dazu, dies so zu diskutieren? Dabei geht es wie gesagt um diesen Art. 53 und auf der anderen Seite muss man auch sagen, dass diese Motionen im letzten Jahr eingereicht wurden und somit nach normalen Sitzungsverlauf auch im letzten Jahr im Stadtrat behandelt worden wären. Deshalb wurde dann auch mit einem knappen Mehr beschlossen, dass man jetzt in diesem Fall gut ein Auge zudrücken und dem Gemeinderat in dem Sinn nicht vorwerfen kann, dass er hier keine schriftliche Beantwortung vorlegte. Die Abstimmungen gingen dabei jeweils 4:3 aus. Die GPK möchte dabei aber betonen, dass zukünftig vom Gemeinderat erwartet wird, die Berichterstattung schriftlich abzugeben. Man hat allerdings nichts dagegen, wenn man sie anschliessend allenfalls mündlich ergänzt, aber wir erwarten zukünftig die schriftliche Form, weil wir doch der Meinung sind, dass es gegenüber den Motionärinnen und Motionären nicht fair ist, wenn sie erst kurz bevor sie ihr eigenes Statement abzugeben haben, die Begründung des Gemeinderates zur Kenntnis gebracht bekommen. In diesem Sinn beantragt Ihnen die GPK für diese beiden Motionen die formelle Richtigkeit.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Jetzt ist das Wort bei den Motionärinnen und Motionären. Wem darf ich das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Stefan Grossenbacher (SVP): Wir sahen nun diese Nutzungsstudie, die uns eigentlich auf Ende letzten Jahres versprochen wurde. Sie hatte allerdings nicht so viel Verspätung und ich konnte mich ein wenig beruhigen. Ich bin aber auch erfreut, dass es zu diesem Schritt gekommen ist und dass man nun endlich ein wenig mehr weiss, was in welche Richtung angedacht ist. Dafür möchte ich mich bedanken. Scheinbar brachte es doch etwas, dass man eine Motion einreichte und etwas Druck aufsetzte. Von dem her möchte ich die Motion in ein Postulat umwandeln. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Wir nahmen diese Wandelung in ein Postulat zur Kenntnis und kommen nun zu den Fraktionssprechenden. Wem darf ich das Wort erteilen? Gibt es Einzelsprechende? Möchte sich der Gemeinderat nochmals dazu äussern?

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Besten Dank für die Wandelung, insbesondere auch für das Gutdünken, dass heute der Gemeinderat positiv überraschte. Ich möchte nur noch kurz etwas zum Mahnfinger der GPK "In der Regel schriftlich" sagen. Wir nehmen das gerne so zur Kenntnis. Aber dann müssen Sie auch verstehen, dass der Gemeinderat von der Nutzungsstudie erst am 15. Januar 2020 Kenntnis nahm. Sie war Ende Jahr fertiggestellt. Das war dies, was wir terminierten. Dabei ging es um ein zweieinhalbstündiges Geschäft im Gemeinderat. Die Architekten, der Bauingenieur und die Kostenplanerin stellten uns dieses vor. Sowas wird im Gemeinderat nicht einfach so schnell husch, husch beraten. Die Informationen die ich Ihnen zuvor geben konnte, beschloss der Gemeinderat am 22. Januar 2020 als Kommunikation an den Stadtrat. Das passiert nicht einfach schnell, schnell schriftlich. Wenn Sie darum bitten, dies alles schriftlich zu bekommen, so hätte ich Ihnen für heute einfach nur kurz zu diesen ersten zwei, drei Punkten, die auch in der Motion angesprochen wurden, eine schriftliche Antwort vorlegen können. Aber Sie hätten auf diejenigen Informationen verzichten müssen, die ich Ihnen jetzt bereits zu diesem Traktandum geben konnte. Und dies bitte ich Sie doch schon nochmals zu erwägen, ob Sie selber mit dieser Einschränkung auf Informationen verzichten wollen, die Ihnen der Gemeinderat mündlich geben kann. Besten Dank.



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Somit ist die Beratung abgeschlossen und ich frage die Motionärinnen und Motionäre nochmals an, ob sie nochmals etwas dazu sagen möchten? Gut, sodann schreiten wir zur Abstimmung. Da die Motion in ein Postulat gewandelt wurde, stimmen wir nun über die Erheblicherklärung des Postulates ab. Wer gemäss dem Beschlussesentwurf des Gemeinderates das Postulat für erheblich erklären und den Gemeinderat mit dem weiteren Vollzug beauftragen möchte, soll dies nun mit seiner Stimmkarte zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja einstimmig:

1. **Das Postulat der SVP-Fraktion vom 16. September 2019:** Planungssicherheit für das Gebiet Alte Mühle, **wird erheblich erklärt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



4. Motion der SVP-Fraktion vom 26. August 2019: Sicherheit und Ordnung statt Kriminalität und Vandalismus – Videokameras im Schulareal Kreuzfeld; Stellungnahme¹

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Somit schreiten wir in unserer Traktandenliste fort und kommen zu Traktandum Nr. 4. Betreffend der SVP-Motion "Sicherheit und Ordnung statt Kriminalität und Vandalismus – Videokameras im Schulareal Kreuzfeld". Hier mache ich abermals den Hinweis, dass es sich dabei mit dem Okay des letztjährigen Stadtratspräsidenten um ein aufgeschobenes Geschäft handelt. Ein Nichteintreten ist bei diesem Geschäft ausgeschlossen, da es sich um ein zwingendes Geschäft handelt.

II Beratung:

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Somit steigen wir direkt in die Beratung ein. Die Berichterstattung durch den Gemeinderat liegt bei diesem Traktandum bei Gemeinderat Markus Gfeller, Ressortvorsteher Öffentliche Sicherheit.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Es geht um eine Motion, mit der der Gemeinderat damit beauftragt wird, unter Vorbehalt der Zustimmung durch die Kantonspolizei, an geeigneten Stellen auf dem Langenthaler Schulareal Kreuzfeld Videokameras installieren zu lassen. Es gibt bei diesem Geschäft einen formellen Aspekt. Dazu beantragt Ihnen der Gemeinderat, diese Motion als Motion mit Richtliniencharakter zu qualifizieren. Ich möchte kurz erklären, wie wir zu diesem Beschluss kommen: Sie sahen in den Grundlagenakten, dass wir davon ausgehen, dass eine solche Installation im Schulhausareal Kreuzfeld je nach Intensität der Installation irgend in einem Bereich von Fr. 30'000.00 bis Fr. 70'000.00 kosten würde. Allenfalls würde es noch gewisse Anschlussinstallationen geben, die dazu gerechnet werden müssten, aber wir würden uns sicherlich noch in der Finanzkompetenz des Gemeinderates bewegen. Entsprechend plädieren wir für eine Motion mit Richtliniencharakter.

Wenn wir schon bei den Kosten sind, mögen Sie sich vielleicht erinnern, dass wir über dasselbe Thema bereits im Jahr 2016 debattierten und damals redete man über deutlich höhere Kosten, was dazu führte, dass es sich nicht um eine Richtlinien-Motion handeln konnte, sondern um eine Motion mit Weisungscharakter. Wir fragten uns dabei natürlich auch, auf was diese riesige Differenz bei den Kosten innerhalb dieser vier Jahre zurückzuführen ist. Das kann nicht einfach an den allgemein sinkenden IT-Kosten liegen, müssen dafür doch andere Faktoren verantwortlich sein. Und die gibt es tatsächlich auch. So könnte man zum heutigen Zeitpunkt, wenn man diese Videoüberwachung installieren möchte, gewisse Infrastrukturvorleistungen, die wir im Rahmen von ict4kids in diesen Schulhäusern installierten, mitnutzen und deshalb würde es nicht mehr denselben Aufwand an elektronischen Leitungen benötigen, die dazu zu verlegen wären. Dies führt entsprechend zu deutlich günstigeren Kosten. Deshalb kommt man hier zu einem Betrag, der in der Kompetenz des Gemeinderates liegt und auch zu einer Motion mit Richtliniencharakter führt.

Beim materiellen Teil stellt sich die Frage, ob man das will oder nicht will. Wir wollen es nicht. Und in diesem Sinn beantragen wir Ihnen auch, diese Motion, oder auch im Falle einer Wandelung in ein Postulat, als nicht erheblich zu erklären. Dies aus den folgenden Gründen: Es ist nicht schön und höchst unbefriedigend, was dort im Kreuzfeldareal letztes Jahr passierte. Das ist etwas, was der Gemeinderat ebenso wenig befürwortet und nicht gutheisst. Was nun eben zwingend nötig ist, und hier möchte ich alle darum bitten, die Vandalismus feststellen, sei es wirklich vor Ort, weil man gerade dazu läuft oder sei es am nächsten Tag, wenn es sichtbar wird, eine Anzeige zu erstatten. Bei direkter Konfrontation sollten Sie die Nummer 117 anrufen, damit dies bei der Polizei auch registriert wird und etwas dagegen unternommen werden kann. Es ist deshalb auch beim Feststellen eines Vorfalls wichtig, dass effektiv eine Anzeige eingereicht wird. Es kann zwar gut sein, dass dies im Einzelfall vielleicht nicht sofort Wirkung zeigt, aber im vorliegenden Fall zeigte es

¹ Abermalige Fristverlängerung vom GR am 25. Oktober 2019 beantragt und vom Stadtratspräsident am 25. Oktober 2019 genehmigt.



zumindest in zwei Situationen eine entsprechende Wirkung. Damit konnten mindestens zwei Personen, die Vandalismus begingen, eruiert werden. Von daher gesehen bringt es somit eben dennoch etwas. Wenn man dabei feststellt, dass eben Journaleinträge bei der Polizei vorliegen, die sich regelmässig auf Ereignisse im Bereich eines immer gleichen Perimeters beziehen, so bekommt ein solches Areal automatisch auch ein grösseres Gewicht im Rahmen der Überwachung. Sei dies einerseits durch die Polizei, oder andererseits natürlich auch durch die SIP¹.

Was sind konkret die Gründe, warum wir diese Videoüberwachung ablehnen? Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass eine Videoüberwachung zwar durchaus auf dem Areal, wo sie angebracht wird, eine gewisse Wirkung zeitigt. Wir sind aber auch der Ansicht, dass eine solche Überwachung nicht dazu führen würde, dass keine Vandalenakte mehr stattfinden würden, sondern dass dies dann einfach an einem anderen Ort passiert. Deshalb muss der Stadtrat heute einen Grundsatzentscheid fällen, wie weit man mit solch einer Videoüberwachung gehen möchte. Wir sind der Ansicht, dass, falls man eine Videoüberwachung im Kreuzfeld einrichten und sodann feststellen würde, dass der Vandalismus nicht verschwindet, sondern sich verlagert, sich daraus die Konsequenz ergeben würde, dass man auch an den neuen Orten ebenso eine Überwachung einrichten müsste. Der Gemeinderat ist der Ansicht, dass man nicht die ganze Stadt per Video überwachen möchte, sondern dass man eher beabsichtigt, diejenigen Mittel, die personell zur Verfügung stehen, insbesondere bei der SIP, verstärkt bei entsprechend gefährdeten Arealen einzusetzen. Dies wäre die eine Seite.

Auf der anderen Seite gäbe es die Möglichkeit, quartalsweise zusammen mit der Kantonspolizei im Rahmen unseres Ressourcenvertrages Schwerpunkte zu definieren, wo besonders genau hingeschaut werden sollte. Solche Areale wie das Kreuzfeld, aber auch andere bereits bekannte Orte bezüglich Sachbeschädigung, Vandalismus oder Littering stehen regelmässig im Fokus, die Präsenz vor Ort durch beide Organisationen zu verstärken. Insbesondere wurden auch bei der SIP die Einsatzzeiten neu definiert, sodass man nicht nur am früheren Abend an solchen Orten präsent ist, sondern während der gesamten Nacht hin und her patrouilliert. Hauptgrund der Ablehnung liegt wie gesagt darin, dass der Gemeinderat keine flächendeckende Videoüberwachung in der Stadt möchte und wir es deshalb auch nicht als sinnvoll erachten, dass man einem Ort damit anfängt und dann nicht konsequenterweise an anderen Orten damit weiterfährt. Das ist somit meine Stellungnahme und ich bin gespannt auf die folgende Diskussion und werde danach allfällige Fragen gerne beantworten.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank für die ausführliche mündliche Stellungnahme. Seitens der GPK ist keine Berichterstattung angemeldet. Ich möchte hier einfach nochmals den Hinweis anbringen, dass Stadtrat Loser zuvor den Hinweis zur mündlichen Stellungnahme gleich auch zu diesem Traktandum vornahm. Damit kommen wir nun zu den Motionärinnen und Motionären. Wem darf ich dazu das Wort erteilen?

SVP-Fraktion, Daniel Bösiger (SVP): Das Problem von Vandalismus und Littering im Areal Kreuzfeld ist seit Jahren vorhanden. Wir hörten es in der Einleitung, dass es bereits 2016 eine Motion gab, die die Problematik zum Thema machte. Dies monierte bereits der vorgängige Schulleiter von Gerry Käser und auch er musste in seiner bisherigen Amtszeit diese negativen Seiten kennenlernen. Also wir reden hier nicht einfach nur vom letzten Jahr, sondern es ist ein Problem, das seit Jahren vorhanden ist und festgestellt wird. Die Motion wurde damals aus Kostengründen abgelehnt. Wir nehmen leider zur Kenntnis, dass der Gemeinderat auch dieses Mal nicht motiviert ist, die Motion wie vorliegend anzunehmen und ich sehe damit auch nicht wirklich eine Lösung für das vorhandene Problem. Die Problematik ist vorhanden und unbestritten. Noch etwas zum Stichwort SIP: Sie existiert seit 2011 und wenn ich mit Verantwortlichen vom Kreuzfeld rede, so nehmen sie diese Leute nicht wirklich wahr. Wenn ich den Auftrag der SIP durchlese und mir in etwa das Bild

¹ SIP = ordnungsdienstliche Sozialarbeit im Rahmen von "Sicherheit – Intervention – Prävention".



vorstelle, dass ich von Teilen dieser Jungs vor mir sehe, die ich von der Schule her kenne, dann muss auch ich ehrlich zugeben, dass dies nicht gerade sehr beeindruckend ist für diese Klientel.

Ich bin auch der Meinung, dass die Kantonspolizei andere Aufgaben hat als die Bewachung von Schulhäusern. Rückblickend muss ich feststellen, dass wir ja bereits die SIP haben und die Kantonspolizei ja auch den Auftrag zur Überwachung bekam, wir damit aber keine Wirkung erzielen. Wenn man mit Gemeinden in Kontakt tritt, die Videoüberwachung haben, dann kommen diese zum Schluss, dass es sich dabei durchaus um eine Massnahme handelt, die eine präventive Wirkung erzielt und dass auch vereinzelt Täter überführt werden können. Und es ist klar, dass auch wir nicht blauäugig sind und das Gefühl haben, dass man danach 100 Prozent aller Täter dingfest machen kann, die dort Unfug treiben. Aber es schützt auch diejenigen, die auf dem Areal Ordnung halten und das Areal auch ordentlich nutzen wollen. Der Mecano, wie diese Bilder ausgewertet werden sollen, lässt sich klar regeln, auch was die Videoüberwachung anbelangt, damit dann die Bilder nicht einfach irgendwo im Security-Raum live beobachtet werden müssen, sondern nur in denjenigen Momenten, in denen es irgendwie zu Straftaten kam und das Bildmaterial anschliessend entsprechend ausgewertet werden kann. Und auch dies muss nach klaren Regeln erfolgen.

Ich nahm Kontakt auf mit Verantwortlichen in Niederbipp und in Sursee, wo beispielsweise in Sursee in sämtlichen Schulanlagen eine solche Videoüberwachung eingerichtet wurde. Von beiden Verantwortlichen in diesen Gemeinden dürfte ich hören, dass einerseits die problematische Situation extrem abnahm und andererseits sich die Situation gerade auch in den Schulen von Sursee beruhigte. Was ich hier gerne noch ergänzen möchte, ist, dass die Videoüberwachung in beiden Gemeinden eine Patrouille in den Sommermonaten nicht ersetzt. Das handhaben beide Gemeinden so. Ich erwähnte zu Beginn meiner Ausführungen, dass die Problematik vorhanden ist und ich habe den Eindruck, dass die Schulen hier in Langenthal irgendwie im Stich gelassen werden. Ob sich das Problem verlagert, entspricht ein Stück weit einem Kaffeesatzlesen. Weder in Niederbipp, noch in Sursee konnte man solche Beobachtungen feststellen. Und es geht ja auch nicht darum, dass man diese Kinder und Jugendlichen per se vom Areal weghaben möchte, sondern man will, dass dort Ordnung herrscht.

Schlussendlich stellt es auch eine undankbare Aufgabe für die Hauswirtschaft dar, dass sie in solchen Schulzentren nach den Wochenenden die Verwüstungen wegzuräumen oder dafür zu sorgen haben, dass die Schäden wieder in Ordnung gebracht werden. Es geht uns nicht um eine flächendeckende Einführung dieser Videoüberwachung. Es geht uns dabei um das Areal Kreuzfeld und unter anderem, was man so auch sagen darf, um den Support für die Hauswirtschaften im Kreuzfeld. Jetzt im Moment herrschen kühlere Temperaturen und es ist nass draussen, aber wenn dann im Frühling die Tage wieder wärmer und länger werden, kommt es für sie auch wieder zu diesen Situationen, vielleicht nicht gerade täglich, aber sicherlich wöchentlich. Wir hörten es, dass die Kosten früher zu hoch waren, jetzt werden sie interessant und dazu kann ich vielleicht noch ein paar Zahlen aus den angefragten Gemeinden liefern: In Niederbipp lagen die Kosten für die Realisierung und den Betrieb von sieben Kameras während fünf Jahren bei Fr. 48'000.00, in Sursee kostete die Anschaffung von fünf Kameras Fr. 21'000.00. Ich denke, dass dies finanziell zumindest prüfenswert wäre, weil sich wie gesagt die Problematik aus unserer Optik so nicht lösen lässt, wenn man diese Motion einfach ablehnt. Dass das Postulat ebenfalls für nicht erheblich erklärt wurde, bestätigt mir ein Stück weit den Eindruck, dass dem Gemeinderat diese Problematik ein bisschen gleichgültig ist. Im Vergleich zur zuvor behandelten Motion ist auch ein wenig störend, dass wir dabei keine kurzfristigen Ergänzungen oder Neuigkeiten erfuhren, da ja auch zu dieser Motion trotz neuer Geschäftsordnung nur mündlich Stellung genommen wurde. Ich bitte Sie nun, diesen Schritt zu wagen und die Motion zu unterstützen, dabei auch Verantwortung zu übernehmen, weil das Problem effektiv besteht. Wir behalten uns vor, in dieser Sache weiterhin aktiv zu bleiben, denn so löst sich dies aktuell nicht. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Wir kommen jetzt zu den Fraktionssprechenden. Wem darf ich das Wort übergeben?



SP/GL-Fraktion, Gerhard Käser (SP): Ich bin hier ja ziemlich direkt angesprochen, rede aber dennoch im Namen der Fraktion. Wir diskutierten dieses Geschäft eingehend und ich überlegte mir bei der Lektüre als Erstes, in welcher verfänglichen Situation ich wohl durch diese Kamera aufgenommen würde, denn beim Verlassen des Schulhauses oder beim Eintreten in der Nase zu bohren, ginge dann nicht mehr. Das ist natürlich grundsätzlich eine absurde Vorstellung, aber es ist ja auch nicht vorgesehen, dass man solche Dinge auswertet. Eine grosse Mehrheit zweifelt aber dennoch die Wirksamkeit an. Mit Niederbipp kann man das Kreuzfeld-Areal natürlich nicht vergleichen, zumal man dabei nicht von derselben Anzahl Kameras reden kann. Wenn man dieses riesige Areal nur einigermaßen kontrollieren oder abdecken möchte, dann benötigt dies sicherlich mehr als irgendwelche fünf Kameras. Und man muss natürlich nicht das kaputte Netz zeigen und das Gefühl haben, man kann fünf Kameras oben am Gebäude platzieren, um den roten Platz zu überwachen. Stellen Sie sich vor, dass man aus 100 Meter Distanz in der Nacht sehen soll, wer auf dem roten Platz dieses Netz herausschneidet. Also, da reden wir einfach nicht von Fr. 30'000.00 bis Fr. 70'000.00. Diese Abklärungen traf ich mittlerweile auch.

Der Hauswart hat das Gefühl, dass dies nichts bringt. Es ist interessant, dass über die Hauswarte diskutiert wird, aber der Hauswart selber fand in der Diskussion mehrfach, dass dies nichts bringt, weil das Areal zu gross ist. Es sind nicht einzelne Plätze, wo sich diese Leute aufhalten, sondern es geht um mehrere Plätze, sodass es definitiv mehr Kameras benötigte. Auch wenn wir nun davon ausgehen, dass die Kosten tiefer ausfallen, bleibt es ärgerlich, was ich logischerweise schon auch sagen muss. Aber die Kosten für diese Scheiben, die ersetzt werden mussten, sind natürlich nicht so gross und lassen sich nicht mit der Beschaffung von Kameras vergleichen. Über das Littering diskutierten wir nie, auch wenn ebenso sehr ärgerlich ist, aber das finden Sie in der ganzen Stadt. Das ist im Kreuzfeld nicht schlimmer als in anderen öffentlichen Räumen.

Was ich mit Bestimmtheit weiss, ist, dass es in den letzten 20 bis 30 Jahren Wellenbewegungen gab, wenn es um Littering, Sachbeschädigung und Vandalismus ging. Und diese Wellenbewegungen wurden meistens durch Gruppen ausgelöst. Das heisst, es gibt eigentlich keinen Durchgangsverkehr im Kreuzfeld. Das sind Gruppen von Leuten, die die Schule meistens bereits abgeschlossen haben und sich mit Kolleginnen und Kollegen aus Aussergemeinden an diesem Ort treffen. Es sind praktisch immer dieselben Personen, die sich dort aufhalten. Und wenn die dann einmal genug alt sind und vielleicht an einem anderen Ort in den Ausgang gehen, dann ist es wieder für eine Zeit lang ruhig. Die einzigen Durchgänge sind diejenigen vom SCL und das sind vielleicht gerade die, die letzten Samstag das Graffiti "Ultra SCL" an die Sporthalle sprayten. Das wäre sodann nochmals eine zusätzliche Kamera, die es braucht, liegt doch die Sporthalle eigentlich nebenan.

Zum nächsten Punkt muss ich kurz ausholen um zu erklären, wovon wir der Meinung sind, dass es etwas bringen würde. Ich rief bereits mehrmals an und ich erhielt auch mehrmals per Telefon die Info, dass die Gruppe, die immer dort ist, sich jetzt gerade vor Ort befindet. Ich ging mir selber ein Bild davon machen und ich machte sie selber auch schon darauf aufmerksam, sofern sie harmlos aussahen, ihre Sachen wieder einzupacken, mit nach Hause zu nehmen oder in den Abfalleimer zu schmeissen. Es gab aber auch immer mal wieder Gruppen dort, bei denen ich mich nicht unbedingte getraute, mich dort in den Vordergrund zu drängen. Ich rief dann die SIP an, die ja eine Telefonnummer unterhält, aber leider nicht erreichbar war. Drei Tage später rief man mich zurück und fragte nach, da ich ja angerufen hatte. Beim zweiten Versuch die SIP telefonisch zu erreichen und erneut niemand das Gespräch entgegennahm, telefonierte ich der Polizei und teilte ihr mit, dass gerade jetzt die Gruppe, die immer wieder ein Thema ist, vor Ort ist. Die Polizei war der Meinung, dass man dazu eigentlich die Gemeindepolizei Langenthal informieren müsste, der Posten aber im Moment leider geschlossen ist und man eventuell schon jemanden vorbeizuschicken könnte. Ich habe das Gefühl, das ist etwas, was wir ja bezahlen und wenn ich am Wochenende im Chrämerhuus bin, da kann ich ebenso beobachten, dass alle zehn Minuten ein Fahrzeug der Kantonspolizei vorbeifährt. Also, ich finde, dass es nicht zu viel verlangt ist, wenn die dort auch einmal vorbeischauen und einfach schon nur die Identität der Leute, die sich dort aufhalten, aufnehmen. Es sind ja immer dieselben. Wenn die einmal



ihre Identitäten ausweisen müssten, dann ich frage ich mich, ob die am folgenden Wochenende wieder vorbeikommen und etwas kaputtmachen. Es ist immer dasselbe Szenario: Sie kommen und beginnen zu trinken, zu kiffen oder konsumieren irgendwelche sonstigen Drogen und am Schluss rennen sie einander hinterher, werfen sich Dinge an und dann geht eine Scheibe in Brüche und schlussendlich gehen sie nach Hause. So funktioniert das. Es trifft nicht zu, dass dort immer wieder Leute vorbeikommen, etwas zerstören und dann wieder wegrennen. Die Leute dort kann man identifizieren.

Wir waren uns nicht einig, was schon klar ist, aber es geht eigentlich um die Alternative, dass man nun die Mittel, die einem mit der SIP und der Polizei zur Verfügung stehen, forcieren sollte und dann eben auch diese Anzeigen einreicht, damit dies irgendeinmal in zehn Jahren auf der Prioritätenliste weiter oben steht. Ich weiss ja auch nicht, ob damals jemand vorbeiging, als ich anrief. Das wäre sicherlich etwas, das man nun zuerst forcieren sollte, bevor man diese Videokameras installiert, die laut unseren Auskünften viel mehr kosten, als jetzt angegeben wird. Danke.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Gibt es weitere Fraktionssprechende?

FDP/jll-Fraktion, Pascal Dietrich (FDP): Es war bislang eine recht amüsante Diskussion, aber das Thema ist selbstverständlich viel weniger amüsant. Ich überlegte mir zu Dir, Gerry Käser, dass es sich hier schon um ein Horrorszenario handelt, wenn man Dich beim in der Nase bohren filmt. Es gab ja auch schon einmal ein Bild, bei dem ein Pressefotograf im Nationalratssaal einen Nationalrat beim in der Nase bohren erwischte, und danach darüber spekuliert wurde, ob er wohl den Nasenpoppel ass oder nicht. Wenn er dies natürlich gemacht hätte, könnte man auch argumentieren, dass dies eigentlich ein nachhaltiger Umgang mit den eigenen Ressourcen ist. Je nach Betrachtungsweise kann man es auch hier positiv oder negativ sehen. Somit könnte auch der Schulleiter vom Kreuzfeld 1-3 in Schutz genommen werden.

Grundsätzlich verstehe ich beide Vorredner gut. Die FDP/jll-Fraktion hat absolut Verständnis für vorgebrachte Anliegen. In der Problemanalyse stimmen wir zu 100 Prozent mit der SVP überein, denn es ist eine Sauerei, was dort passiert. Das geht einfach nicht und es ist wirklich sehr ärgerlich, und dass es immer und immer wieder vorkommt, ist noch viel ärgerlicher und müsste eigentlich aufhören. Der Punkt ist einfach der, dass der Lösungsvorschlag der SVP nicht wirklich überzeugt, was manchmal auch auf nationale Themen zutrifft. Ich wirkte am Strafericht selber bei mehr als einem halben Dutzend Prozessen mit und dabei konnten Videoaufnahmen meistens nicht gross als Beweise dienen, da sie oft zu unscharf, am falschen Ort montiert waren oder im dümmsten Moment ihren Dienst versagten etc. Diesbezüglich gab es wohl in den letzten vier, fünf Jahren Fortschritte, was ich gerne zugebe. Diese Studie des Bahnhofs in Luzern, die besagte, dass alles nichts nutzte, ist heute wahrscheinlich überholt. Trotzdem überzeugen uns die Kameras weiterhin nicht, insbesondere auch aus dem Grund, den Markus Gfeller bereits erwähnte und nun auch Gerry Käser bestätigte. Sogar für das Kreuzfeld-Areal würden hier fünf, sechs oder sieben Kameras nirgends hinreichen, sodass es immer noch etliche Bereiche geben würde, die damit nicht abgedeckt wären und man wahrscheinlich 20 oder sogar 30 Kameras installieren müsste. Und dies wäre dann gleichwohl ein Stück weit etwas unverhältnismässig.

Die FDP/jll-Fraktion ist klar der Meinung, dass man etwas unternehmen muss und deshalb rufen wir auch den Gemeinderat klar dazu auf, aber die richtige Lösung ist wahrscheinlich diejenige mit Fleisch und Blut. Es müssen dort Leute hin, die etwas unternehmen und intervenieren, sei dies nun die SIP oder die Kantonspolizei. Aber wahrscheinlich ist es dann dennoch besser, wenn es die Kantonspolizei ist, damit man dann wirklich auch die Identität dieser Leute feststellen kann. Aber auch die SIP könnte in der ersten Phase natürlich eine Variante sein, nur wenn die erst drei Tage später zurückrufen, ist dies natürlich nichts. Da sollte man dann schon schauen und ehrlich gesagt schockiert mich das ein wenig. Wenn wir dann das nächste Mal das Geschäft der SIP hier im Stadtrat beraten, dann sollte man dann schon vermelden können, dass es sich dabei um einen einmaligen Ausrutscher handelte, ansonsten ich unsicher bin, ob wir diesen Kredit



weiterhin sprechen wollen. Also dort muss es sicherlich anders laufen, aber auch bei der Kapo gibt es Verbesserungspotential und da sollte man bei den periodischen Gesprächen, bei denen eine Schwerpunktsetzung festgelegt wird, diesen Bedarf einfach auch nochmals betonen und darum bitten, dass man da den Finger draufhält. Auch das muss ganz klar anders laufen. Die FDP/jll-Fraktion ist der Meinung, dass das Problem vorhanden ist und man sich dessen annehmen muss, aber Videokameras sind nicht das richtige Mittel, sondern es sollten sich Leute dafür engagieren, dort zu intervenieren. Aus diesem Grund können wir diese Motion nicht unterstützen, aber dass das Problem in Angriff genommen wird, sind auch wir sehr dafür. Danke.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Merci vielmals. Weitere Fraktionssprechende?

EVP/glp-Fraktion, Michael Sigrist (EVP): Ich bin mit vielen Punkten der Vorredner einig. Auch wir erachten dies als Sauerei und das alles sollte nicht passieren. Die Gesellschaft ist heute so, dass es eben passiert. Wir haben im Moment noch etwas mehr Vertrauen in diese Patrouillen, sei es nun seitens der SIP oder Polizei. Dabei hoffen wir, dass das, was wir heute vernahmen, wirklich nicht dem Normalzustand entspricht. Wir kennen diesbezüglich auch etwas andere Geschichten, dass es da auch um Leute geht, die diese Jugendlichen kennen, gerade weil es immer wieder dieselben sind und man auch so dagegen vorgehen kann, weil man dann halt seine Pappenheimer kennt. Dabei habe ich keine Ahnung, wie viele Kameras es effektiv brauchen würde, aber ich denke, letztendlich führt es irgendwo zu einer Verlagerung, sei es direkt auf dem Gelände oder dann auf andere Gelände. Wenn es dann überall Kameras hätte, so würde man dann wohl effektiv nur die dümmsten 5 Prozent erwischen. Und alle, die nur ein bisschen eine Ahnung haben, gehen an einen anderen Ort, der noch mit keiner Kamera ausgestattet ist. Das bedeutet, dass diese Kameras am Schluss flächendeckend eingesetzt werden müssten, damit dann auch ja jede Ecke überprüft werden kann und nirgendwo mehr etwas passiert. Das Ganze läuft ja unter dem Thema Sicherheit und somit stellt sich auch die Frage, was eigentlich eine Kamera signalisiert. Erzeugt sie Sicherheit oder sagt sie den Menschen nicht einfach: "Achtung, passt auf, hier ist eine gefährliche Gegend"? Für uns ist wohl eher das Zweite zutreffend und würde nicht dem allgemeinen Sicherheitsgefühl der Leute sehr dienlich sein. Ich bin kein Lehrer und ich weiss nicht, ob es stimmt, aber ich kann mir auch vorstellen, dass viele derjenigen, die sich bei den entsprechenden Schulhäusern aufhalten, auch einen entsprechenden Bezug zu diesen Schulen haben oder vielleicht dort noch zur Schule gehen. Das wäre dann sicherlich auch die Aufgabe einer Schulsozialarbeit, wenn es dann eine solche gibt, sich diese Leute zu packen und ihnen zu erklären, wie man sich auf dem Gelände zu verhalten hat. Fakt ist, die EVP/glp-Fraktion wird diese Motion nicht unterstützen.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Gut, besten Dank. Demzufolge kommen wir nun zu den Einzelsprechenden. Wer möchte gerne das Wort erteilt bekommen?

Paul Bayard (SP): Ich möchte nur kurz eine kleine Episode erzählen, die ich einmal erlebte. Ich wohnte ja lange im New Yorker oben drin mitten im Kuchen in Langenthal. Ich hatte damit einen guten Überblick über die gesamte Gegend. Da gab es einmal in einer Samstagnacht zirka morgens um 01.30 Uhr oder 02.30 Uhr ein Riesenradau, als es noch das Braui-Pub vis-à-vis gab. Aufgrund dieses Radaus schauten wir aus dem Fenster und sahen, dass Leute Dinge demolierten, sodass wir infolge dessen der Polizei telefonierten. Und ich möchte nun wirklich eine Lanze brechen für die Polizei. Wir riefen die Polizei an und wurden mit Bern verbunden, aber sie schickten eine Patrouille und die Patrouille war vielleicht innerhalb von sechs Minuten vor Ort. Sechs Minuten zu warten, erscheint relativ lange, aber es ist doch eine recht kurze Frist, wenn man sich das genau überlegt. Die Polizei behandelte diese sich ungebührlich verhaltenden Leute super. Sie teilten die Gruppe in einzelne Personen auf und somit waren die Leute isoliert und quasi nicht mehr gefährlich. Die Polizei nahm die Gruppe auseinander und sorgte dadurch innerhalb kürzester Zeit für Ruhe. Das geschah so aufgrund des Hinschauens. Man muss hinschauen und sollte keine Kamera einsetzen, zumal eine Kamera immer erst auch später ausgewertet werden kann. Wenn man hinschaut und anruft, funktioniert dies in der Regel. Ich glaube, das ist die bessere Methode als irgendwo der Einsatz einer Kamera.



Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank für die lobenden Worte an unsere Ordnungshüter. Gibt es weitere Wortmeldungen?

Janosch Fankhauser (SVP): Ich möchte kurz anmerken, dass es sich beim Pub um das Mr. Pickwick Pub handelte. Zu deren Zeit, als dieses Pub bestand, gab es noch eine kommunale Polizei und das erklärt, weshalb sie damals so schnell vor Ort war. Ich meine damit nicht, dass die Kantonspolizei schlechter arbeitet, aber die sind einfach nicht gleich schnell da und sie kennen auch die Gegebenheiten vor Ort nicht im selben Masse. Obschon sie hier draussen sitzen und mir jetzt zuhören, hoffe ich, dass ich ungeschoren davonkomme. Ich möchte kurz eine Klammer bezüglich der Kapo öffnen. Ich denke, man könnte sie quartalsweise mehr patrouillieren lassen und sie öfters dort vorbeischicken. Ich glaube sehr wohl, dass sie sehr gewillt sind, dort hinter dem Schulhaus vorbeizugehen, weil mitten in der Nacht aus dem Auto zu steigen, ist nicht so interessant.

Wir reden hier von "Blödsinn machen", ich rede hier von Kosten. Wenn wir quartalsweise die Kapo dorthin schicken, so kostet dies nicht einfach nichts. Über diese Kosten diskutiert kein Mensch hier im Saal. Da schaut man einfach partout weg und sagt sich, dass man die Polizei so oder so zahlen muss. Es stimmt, dass wir sie so oder so zahlen, aber diese Einsätze fehlen dann an einem anderen Ort. Das heisst, an einem anderen können sie dann nicht vor Ort sein. An den Hotspots, bei den wir vielleicht um eine Präsenz froh wären, haben wir sie dann nicht. Dafür müssen wir dann vermehrt Radarkontrollen einrichten, um dieses Geld wieder hereinzuholen und sie auch wieder an anderen Orten einsetzen zu können.

Mir liegt ein Zitat eines Schulabwartes vor, das einging, nachdem wir unsere Motion eingereicht hatten. Dabei gab er zu verstehen, dass er diesen Vorstoss von uns als sehr positiv erlebt, zumal nur wir bereit sind etwas zu unternehmen, denn er muss zunehmend feststellen, dass das Schulzentrum Kreuzfeld zu einem rechtsfreien Raum verkommt. Das ist nicht derjenige, den Du meinst. Der zitierte Abwart arbeitet weiterhin dort. Im Weiteren möchte ich nicht schwarzmalen, aber irgendeinmal müssen wir einen Schritt vorwärts machen. Wir diskutieren dieses Problem mittlerweile seit 2016 und es bestand ja auch bereits zuvor. Wir diskutieren zwar über irgendwelche Lappalien, das ist so, aber diese Lappalien summieren sich. Und irgendeinmal müssen wir feststellen, dass alles wie nichts brachte und deshalb sollten wir einmal einen anderen Weg ausprobieren. Ich frage mich deshalb, warum ihr Euch dagegen verschliesst, zumindest einmal einem Testlauf zuzustimmen. Ich sage ja auch nicht, dass es ein Ferrari sein muss, dass 20 Kameras installiert werden müssen und dass es Highend-Geräte sein sollen, die auf 100 Meter Aufnahmen vornehmen können. Ich glaube kaum, dass in absehbarer Zeit erneut einer ein Stück aus dem Netz herausschneidet, aber wenn wir nicht die Bereitschaft haben, einfach einmal hinzustehen und diesem Spiel ein Ende bereiten, so fehlt es uns an Zivilcourage. Ich verstehe beispielsweise nicht, dass diese Leute nicht schon lange angezeigt wurden, handelt es sich doch regelmässig um dieselben Beteiligten. Das frage ich mich ernsthaft. Wenn Du weisst, um wen es sich handelt, warum gehst Du dann nicht zur Polizei und erstattest Anzeige? Das ist ja zum Beispiel auch anonym möglich. Nein, Du redetest zuvor betreffend die Distanzen auch ein wenig salopp daher, und so gehe ich jetzt auch Dich ein wenig salopp an. Es geht hier einfach um Dinge, bei denen wir nun einfach einmal hinstehen müssen. Warum verschliessen wir uns kategorisch gegen eine Videokamera? Ich darf feststellen, dass wir überall Videokameras haben. Ihr wisst gar nicht, wie sehr Ihr überall überwacht werdet. Notabene auf Privatgelände. Beim Tanken wird man überwacht und da wehrt sich kein Mensch dagegen oder sagt, dass er nicht mehr tanken geht. Da redet kein Mensch davon. Aber beim Zerstören von städtischem Eigentum, was der Steuerzahler zu berappen hat, da schauen wir partout weg. Und das bereits seit vielen Jahren. Ich kann das nicht ernst nehmen.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Ein kleiner Hinweis: Zumindest derjenige Kapo-Vertreter, der sich hier im Raum befindet, kennt Langenthal sehr gut. Gibt es weitere Wortmeldungen?



Daniel Bösiger (SVP): Ich möchte noch kurz auf ein paar Punkte eingehen, die zuvor erwähnt wurden. Es ist klar, dass es nicht darum geht, dass sich das Kreuzfeld-Areal zu 100 Prozent überwachen lässt. Wenn man sich das Areal vor Augen führt, dann ist auch klar, dass es auf dem Areal gewisse Brennpunkte gibt, bei denen Dinge auch angezündet werden und es eine Frage der Zeit ist, bis einmal ein Pavillon abgeackelt wird. Und gleichzeitig gibt es Gebiete, die weniger problematisch sind, wie beispielsweise das Rasenfeld. Es fiel auch das Stichwort "Schulsozialarbeit", was auch noch so ein Projekt ist. Dazu sage ich als Schulleiter, dass wir da noch weit andere Probleme haben, die wir mit dieser Arbeit lösen wollen und können müssen, als diese Sozialarbeiter auch noch für so etwas einzusetzen. Mit Hinschauen bin ich mit Paul Bayard absolut einig. Früher hatten wir eigentlich das beste Überwachungssystem, nämlich zu derjenigen Zeit, als die Hauswarteleute noch auf dem Schulareal wohnten. Und wahrscheinlich speziell die Hauswartefrauen, die einen besonderen Sinn für eine solche Überwachung hatten. Da bin ich aber auch froh, dass diese Zeit vorbei ist, denn dies stellte ja bezüglich des Wohnens keine Luxussituation dar. Aber es ist nicht alles so einsehbar und basiert schlussendlich auf Zufällen, ob man jetzt etwas feststellt oder nicht. Ich stellte bei meiner Recherche fest, dass es in der Schweiz sehr viele Gemeinden gibt, die positive Erfahrungen mit der Videoüberwachung sammelten, gerade auch bei Schulen. Und es ist ja schon nicht das Thema, dass man bei jedem Vorkommnis sofort die Polizei einschalten muss, sondern dass man bereits auf der ersten Stufe Schule zusammen mit der Hauswirtschaft und der Schulleitung Massnahmen ergreifen kann. Grundsätzlich ist es ganz einfach, wenn etwas keine Konsequenzen zeitigt, so wird zu Folgetaten eingeladen. Aber wenn man irgendeinmal für etwas geradestehen muss, dann ist auch da ein Lernprozess vorhanden. Danke.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? Möchte der Gemeinderat nochmals das Wort?

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Ich melde mich nur noch ganz kurz. Der mit dem SIP-Telefon war extrem peinlich. Dieser Vorfall kam auch bei uns nicht gut an, als wir davon erfuhren. Dort sind wir nun ganz ernsthaft bemüht, dass so etwas wirklich nicht mehr passiert, denn sowas kann ja effektiv nicht sein. Das darf effektiv nicht sein, dass man eine SIP auf Patrouille hat und dass bei einem Anruf nur auf den Telefonbeantworter gesprochen werden kann und man dabei darüber informiert wird, dass man sich dann nach dem Wochenende melden wird. Dazu ging in der Zwischenzeit seitens der SIP auch bereits eine Stellungnahme ein und darüber wird ernsthaft diskutiert, dass dies so nicht mehr passieren wird. Das war nun wirklich nicht schön. Dass die SIP für eine solche Aufgabe nicht kompetent sein soll, würde ich einmal grundsätzlich bestreiten. Wir haben andere Brennpunkte, über die wir vor ein paar Jahren intensiv redeten, was da nicht gut ist und schlecht läuft, und wir nun seit längerer Zeit nichts mehr dazu hörten, weil die SIP diese Brennpunkte sehr gut im Griff hat. Alleine von dem her gesehen möchte ich hier der SIP wirklich mein Vertrauen aussprechen, auch wenn sie selbstverständlich nicht dieselben Kompetenzen wie die Kantonspolizei besitzt. Aber auf der anderen Seite steht die SIP auch in regem Kontakt mit der Kantonspolizei. Der Vorteil der SIP ist daneben auch, dass, wenn sie dann schlussendlich dort regelmässig vorbeigehen, ihnen die dortigen Pappenheimer bekannt sind und die SIP im Falle einer Fahndung dementsprechend einen guten Partner darstellt.

Dass die Massnahmen in Niederbipp erfolgreich sind, ist selbstverständlich so, wie ich bereits eingangs erwähnte. Dort, wo man die Kameras platziert, trifft es dann wirklich nur die dümmsten 5 Prozent. Aber dass dies zu einer Verlagerung führt, dazu erhielt ich zumindest andere Antworten. Dies beruhigt zwar die Situation bei den Schulen, dafür passiert an anderen Orten mehr. Und ganz entschieden verwahren möchte ich mich natürlich gegen die Aussage, dass die Problematik dem Gemeinderat egal ist. Das stimmt hinten und vorne nicht und das wissen diejenigen, die das behaupteten, sicherlich auch. Dass die Kosten bei der Polizei nicht mit Bussen gegenfinanziert werden, ist hier, glaube ich, auch allen klar. Und dass eine Videoüberwachung, die nicht einmal innerhalb eines Areals flächendeckend ist, wenig sinnvoll ist, dünkt mich auch ziemlich selbsterklärend. Dass man bei Tankstellen und anderen privaten Orten überwacht wird, trifft durchaus zu, aber es gilt auch zu bedenken, dass natürlich eine Überwachung im öffentlichen Raum nicht ganz dieselben Auflagen kennt wie innerhalb eines privaten Raums. Wenn man innerhalb eines privaten



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

Geländes eine Überwachung installiert, gibt es auch ziemlich extreme Vorschriften, damit man dann nicht auch gleichzeitig zufälligerweise, quasi als Nebeneffekt, einen öffentlichen Raum überwacht. Dies soll nun aber kein Hinderungsgrund sein. Wenn dafür selbstverständlich ein Bedürfnis vorliegt und man dies am Ende auch nachweisen kann, so ist dies auch im öffentlichen Raum möglich, aber es ist nicht ganz so einfach zu erwirken wie für einen privaten Raum. Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Besten Dank. Somit sind wir am Ende der Beratung angelangt. Wünschen die Motionärinnen und Motionäre noch ein Schlusswort? Das wird nicht gewünscht. So kommen wir jetzt also zur Abstimmung. Wer dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und diese Motion als Motion mit Richtliniencharakter qualifizieren kann, soll dies nun mit seiner orangenen Stimmkarte zeigen. Gegenstimmen? Enthaltungen?

Wer als nächstes dem Gemeinderat folgen und die Motion als nicht erheblich erklären möchte, zeigt dies nun mit seiner Karte an. Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen?

III Abstimmung:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 35 Stimmen Ja einstimmig:

- I. **Die Motion der SVP-Fraktion vom 26. August 2019:** Sicherheit und Ordnung statt Kriminalität und Vandalismus – Videokameras im Schulareal Kreuzfeld, **wird als Motion mit Richtliniencharakter qualifiziert.**

■ Der Stadtrat beschliesst mit 26 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein bei 0 Enthaltungen:

- II.
 1. **Die Motion der SVP-Fraktion vom 26. August 2019:** Sicherheit und Ordnung statt Kriminalität und Vandalismus – Videokameras im Schulareal Kreuzfeld, **wird nicht erheblich erklärt.**
 2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Parlamentarische Fragestunde

I Eintreten:

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Somit kommen wir unter Traktandum Nr. 5 zur parlamentarischen Fragestunde. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass die Fragestellerinnen und Fragesteller sachbezogene Zusatzfragen stellen können, eine Diskussion hingegen findet keine statt. Ich würde nun also den entsprechenden Gemeinderäten das Wort übergeben. Als Erster nimmt Stadtpräsident Reto Müller Stellung.

II Beratung:

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Im Gegensatz zu vorhin betreffend die schriftliche Beantwortung ist es ja so, dass wir Ihnen bei der parlamentarischen Fragestunde die Antworten, die wir schriftlich vorliegen haben, vorlesen. Der Stadtschreiber und ich überlegten uns gerade, ob es vielleicht nicht schlauer wäre, künftig – und im kantonalen Grossen Rat geht man ebenso vor – die Antworten in schriftlicher Form zu verteilen oder als pdf-File zu verschicken, anstatt Ihnen diese in epischer Länge vorzulesen. Vielleicht sollte man eher dies effizienter gestalten und Ihnen die Antworten im Rahmen der parlamentarischen Fragestunde schriftlich zukommen lassen. Wir werden dies gerne einmal mit dem Sekretariat des Stadtrates und dem Büro des Stadtrates besprechen, ob man dies in der Praxis hier ändern möchte.

Es gingen verschiedene Fragen ein. Das erste Thema dreht sich um "Easyvote" und die Fragen dazu stellte Michael Schenk (SVP).

"Dieses Jahr wurden erstmals die Broschüren versendet, diese trafen mit einer Woche Verspätung zu den anderen Unterlagen beim Jungbürger und der Jungbürgerin ein."

Dazu wurden folgende Fragen gestellt:

1. Ist ein gleichzeitiger Versand mit den anderen Unterlagen nicht möglich?

Nein, dies ist nicht möglich und wir klärten dies im Vorfeld mit der Staatskanzlei des Kantons Bern rechtlich ab. Gemäss der detaillierten Aufzählung des Wahl- und Abstimmungsmaterials im Art. 45 des Gesetzes über die politischen Rechte des Kantons Bern gehört die Abstimmungshilfe "Easyvote" nicht dazu. Diese Aufzählung ist abschliessend. Beim ersten Versand zur Einführung der "Easyvote"-Broschüren war es wichtig, dass das Abstimmungsmaterial vor den "Easyvote"-Broschüren bei den Stimmberechtigten eintraf. Es gibt keine gesetzliche Frist für den Versand von "Easyvote"-Broschüren einzuhalten. Selbstverständlich ist es das Ziel, dass diese auch zeitnah zum Stimmmaterial bei den 18- bis 25-Jährigen eintreffen.

2. Wird eine Auswertung der eingegangenen Stimmzettel gemacht um den Nutzen der Aktion festzustellen?

Ja, das ist so vorgesehen. Die Stimmrechtsausweise der 18- bis 25-Jährigen in Langenthal sind mit dem Logo "Easyvote" bedruckt worden. Dazu liegt die rechtliche Zustimmung vor, dass man dies so machen darf. Dies erlaubt dem Wahl- und Abstimmungsausschuss die statistischen Werte der vorgenannten Alterskategorie anlässlich der Ausmittlungsarbeiten bei jedem Abstimmungsgang auch zu erfassen. Nach Abschluss des Versuchsbetriebs von 2020 bis 2022 wird man einen entsprechenden Bericht des Nutzens von "Easyvote" vorlegen können.

Besten Dank.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Gibt es von Stadtrat Schenk Zusatzfragen? Das ist nicht der Fall, vielen Dank. Somit geht es gleich weiter mit der nächsten Frage.

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Die nächste Frage kommt von Stadträtin Niklaus-Lanz (glp). Sie stellte folgende Frage:



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

"Als regelmässige Besucherin der ULA¹ Spiele Nationalliga B störe ich mich, dass man auf der Zuschauertribüne kaum etwas versteht, wenn eine Lautsprecherdurchsage durchgegeben wird. Auf meine Frage bei einem Vorstandsmitglied, wurde mir gesagt, dass von der Stadt eine neue Anlage auf letzten Herbst versprochen worden sei."

Dazu wurde folgende Frage gestellt:

Ich möchte wissen, ob und wann eine neue Lautsprecheranlage installiert wird? Für einen Club, der in der Nati B spielt, ist es ein schlechtes Aushängeschild und eine Zumutung, wenn die Lautsprecherdurchsagen nicht verstanden werden, zumal ja auch noch Sponsoren erwähnt werden.

Ja, der Gemeinderat sieht die Pflege und bedürfnisgerechte Optimierung der Infrastrukturen für Sport-, Kultur- und Freizeitanlagen in seinen Richtlinien der Regierungstätigkeit unter dem Punkt G7 vor. Das Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) hat das Problem mit den Lautsprechern in der Dreifach-Sporthalle Kreuzfeld erkannt. Um eine optimale Lösung für die drei grossen Sportstätten Dreifach-Halle Kreuzfeld, Hard sowie das Stadion Hard zu finden, stimmte der Gemeinderat auf Antrag des ABiKuS zunächst der Erarbeitung eines Konzepts "Sportanlagen Langenthal" durch die Firma RUAG AG zu. In diesem Zusammenhang wurden alle Vereine, die in diesen Anlagen verkehren, nach ihren Bedürfnissen befragt, unter anderem natürlich auch der Verein ULA.

In der Zwischenzeit liegt das Konzept konsolidiert vor und es sind verschiedene technische Verbesserungen geplant. Aktuell werden noch Abklärungen getroffen und Offerten eingeholt. Der aktuelle Projektzeitplan sieht vor, dass dieses Geschäft im Sommer 2020 vor den Gemeinderat kommt.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Stadträtin Niklaus, gibt es Zusatzfragen?

Gemeinderätin Helena Morgenthaler (SVP): Die nächste Frage kommt von Stadtrat Paul Beyeler (EVP):

"Offensichtlich hat die KEB AG die Eismiete für die SC Langenthal Nachwuchs AG auf Fr. 250.00 pro Stunde erhöht. Die Stadt Langenthal ist im Besitz der Mehrheit der Aktien der KEB AG und finanziert laufend deren Defizite, ist allerdings aus meiner Sicht im Verwaltungsrat der KEB AG nicht adäquat vertreten. In jedem Falle hat der Gemeinderat eine Oberaufsichtspflicht über die KEB AG in finanziellen Fragen, da die Stadt bei Defiziten wieder einspringen muss."

Dazu ergeben sich folgende Fragen:

Aus welchen Gründen und wann ist die Eismiete erhöht worden und wann hat der Gemeinderat diese Erhöhung angeregt, zur Kenntnis genommen, respektive genehmigt?

Gemäss Auskunft der Kunsteisbahn AG verrechnet sie seit 2011 denselben Betrag. Im Jahr 2010 wurde ja mit der Kunsteisbahn AG Tabula rasa gemacht und es wurde eine Leistungsvereinbarung ausgearbeitet. Dazu gab es eine Volksabstimmung und wie gesagt gelten seit Januar 2011 dieselben Eismieten. Dabei werden für das Eis Fr. 200.00 und für die Eisreinigung Fr. 50.00 pro Stunde verrechnet.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Somit fahren wir mit der nächsten Frage fort.

Gemeinderat Matthias Wüthrich (GL): Vielen Dank. Saima Sägeser (SP) gab eine Frage betreffend Ferieninsel ein:

"2015 wurde Rahel Lanz' Postulat „Einführung eines Tagesstrukturangebotes während der Schulferien (Ferieninsel)“ abgeschrieben."

¹ ULA = Unihockey Langenthal Aarwangen.



Dazu stellen sie nachfolgende Fragen:

1. Was ist seither geschehen?

Das Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) wurde im Jahr 2015 vom Gemeinderat beauftragt, ein Pilotprojekt auszuarbeiten. Im Spätherbst 2015 wurde dem Gemeinderat eine entsprechende Vorlage unterbreitet. Der Gemeinderat entschied damals, auf eine Pilotphase zu verzichten. Das ABiKuS wurde beauftragt, ein Projekt für die definitive Einführung eines Angebots auszuarbeiten. Eine entsprechende Vorlage wurde dem Gemeinderat im Frühling 2016 zur Verabschiedung an den Stadtrat unterbreitet. Der Gemeinderat wies diese Vorlage jedoch auf Antrag der Finanzkommission zur Überarbeitung an die Verwaltung zurück. Das Geschäft wurde anschliessend aufgrund anderer Prioritäten während einiger Zeit nicht weiter vorangetrieben.

2. Wo ist das versprochene Pilotprojekt?

Im Frühjahr 2019 zeigte das ABiKuS dem Gemeinderat auf, wie die Fortführung des Projekts "Ferienbetreuung" angedacht ist. Der Gemeinderat beauftragte auf dieser Grundlage das ABiKuS mit der Ausarbeitung einer Vorlage für ein Ferienbetreuungsangebot. Das Projekt befindet sich derzeit in Erarbeitung.

3. Wo ist der Wille der Stadt, zeitgemässe Strukturen anzubieten, um der Verpflichtung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachzukommen?

Der Gemeinderat berücksichtigt die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in seinen Regierungsrichtlinien unter Punkt G11 – Chancengleichheit.

4. Wie geht es mit dem Wunsch nach einer "Ferieninsel" weiter?

Der aktuelle Projektzeitplan sieht zurzeit vor, das Geschäft dem Stadtrat bis im 3. Quartal 2020 vorzulegen.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Besten Dank. Die nächste Frage kommt von Pascal Dietrich (FDP). Es geht dabei um den Samstagsmarkt. Er fragt:

"Im Januar und Februar findet in Langenthal kein Samstagsmarkt statt. Mit Blick auf die sehr positive Entwicklung des Markts in den letzten Jahren stellt sich die Frage, ob dies noch den Bedürfnissen der Marktfahrer und Kunden entspricht. Dem Vernehmen nach wünschen einzelne Marktfahrer eine Änderung, andere sind mit dem Status quo zufrieden. Für viele Kunden wäre der durchgehende Samstagsmarkt auf jeden Fall ein Bedürfnis."

Kann sich der Gemeinderat vorstellen, zu diesem Thema verbindlich die Haltung der Marktfahrer abzuklären und für 2021 den Samstagsmarkt auch im Januar und Februar – allenfalls, je nach Interesse, nur für einzelne Betreiber – zu organisieren?

Der Dienstag war immer der traditionelle Wochenmarkttag in Langenthal. Aber der Samstag, der vor ein paar Jahr dazu kam, hat sich natürlich ebenfalls zu einer festen Grösse im Marktsegment von Langenthal entwickelt. Die Frage, ob der Samstagsmarkt durchgehend das ganze Jahr angeboten werden soll, wurde bereits vor drei Jahren an der Versammlung des Wochenmarktvvereins, der Vereinigung der Marktfahrer, diskutiert und mehrheitlich abgelehnt. Nebst persönlichen Gründen der Marktfahrer – Stichwort freier Samstag während einer zeitlich befristeten Periode von zwei Monaten – spricht vor allem die Sortimentsfrage eine wichtige Rolle. Die Monate Januar und Februar sind beim Gemüse und bei den Blumen in der Regel nicht unbedingt Topmonate. Ziel ist es, genügend frische Produkte aus der Region anbieten zu können.

Ein weiterer Grund sind auch die Wintermonate, welche sich wettermässig wegen Eis, Schnee und Kälte – das gab es früher jeweils noch – erschwerend zeigen können. Auch wenn der Winter in den letzten Jahren eher mild verlaufen ist, darf dieser Faktor für die Marktfahrer sowie auch für den Werkhof nicht unter-



schätzt werden. Zudem muss der Markt eine gewisse Grösse und Sortimentsbreite an saisonalen und regionalen Produkten vorweisen. Ohne diese Voraussetzungen wären nur einzelne Marktfahrer an der Marktgasse oder auf dem Wuhrplatz anzutreffen. Dies wäre für Kundschaft sowie auch für die Marktfahrer selbst, äusserst frustrierend. Der Präsident des Wochenmarktvvereins ist gemäss unserer aktuellen Anfrage aber gerne bereit, dieses Thema an der nächsten ordentlichen Versammlung nochmals zu traktandieren und eine mehrheitliche Meinung einzuholen.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Gibt es eine Zusatzfrage, Stadtrat Dietrich?

Pascal Dietrich (FDP): Danke. Ich kann mir einfach vorstellen, dass es nun eben etwas anders aussieht als vor drei Jahren. Dienstags ist es ja nicht weniger kalt als an Samstagen.

Gemeinderat Markus Gfeller (FDP): Das trifft durchaus zu. Aber wie eben dargestellt, werden wir dies nochmals abklären lassen.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Als nächstes folgt erneut eine Beantwortung einer Frage durch Stadtpräsident Reto Müller.

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Jetzt kommen noch die Fragen, die sich ans Stadtbauamt richteten. Ich hoffe, die Pizzen befinden sich noch nicht im Ofen.

Zu den Planungskosten stellte Stefan Grossenbacher (SVP) folgende Fragen:

Wieviel hat die Stadt Langenthal im Jahr 2018 respektive 2019 für Planungsarbeiten an Dritte ausbezahlt?

- Vorstudien

- Honorarordnung: 31 Vorprojekt und 32 Bauprojekt (inkl. ESP Bahnhof)

Es gab dann dazu ein Telefongespräch zwischen dem Stadtrat Grossenbacher und der Stadtbaumeisterin Gresch, da es für die Beantwortung der Frage noch Klärungsbedarf gab. Gemäss Telefonat interessiert sich Stadtrat Grossenbacher vor allem für die Planungsaufträge. Am Telefon wurde vereinbart, dass das Stadtbauamt die externen Aufträge des Fachbereichs Stadtentwicklung der Jahre 2018 und 2019 abbildet und nennt. Folglich also keine Zahlen zu Vorprojekten und Bauprojekten, wie ursprünglich von Stefan Grossenbacher formuliert.

Die Stadt Langenthal hat folgende Beträge für Planungsarbeiten an Dritte ausbezahlt:

Für das Jahr 2018: Fr. 1'397'364.70. Davon wurden rund Fr. 1'000'000.00 für den ESP Bahnhof ausgegeben.

Für das Jahr 2019: Fr. 817'598.75, wovon rund Fr. 400'000.00 für den ESP Bahnhof entfallen.

Somit kommen wir zu den Fragen betreffend das Thema Bauwirtschaft von Beat Hasler (parteilos):

"Zahlreiche Exponenten der Bauwirtschaft hier in Langenthal ärgern sich über Verzögerungen bei anstehenden Bauprojekten, seien dies bewilligungspflichtige Renovationen an bestehenden Gebäulichkeiten oder Neubauprojekte. Darauf werde ich regelmässig angesprochen und ich kann kaum Auskunft über die anstehenden Probleme geben.

Persönlich erlebte ich bei einem grösseren Projekt über den Zeitraum von mehreren Jahren hinweg insgesamt acht Workshop-Anlässe mit, bei denen ich als Anwohner eingeladen war. Das erste Projekt wurde nach vier Workshops zur Baubewilligung ausgeschrieben, schliesslich aber von einer Einsprachebehörde zurückgewiesen. Daraufhin wurde mit der Bauherrin ein zweites Workshop-Verfahren durchgeführt, welches vor mehr als einem Jahr abgeschlossen wurde – Einsprachen wurden bereinigt, aber eine Korrektur bei der Baueingabe verlangte ein neuerliches Baubewilligungsverfahren. So werden bei dem Projekt zehn Jahre von einer ersten Eingabe hin bis zur Realisierung vorbei sein – wenn das aktualisierte Vorhaben keine neuen Einsprachen erfährt."



Wir gehen dabei davon aus, dass hier das Projekt am Lindensträsschen gemeint ist, obwohl es nicht explizit genannt wird. Dies ist natürlich ein Projekt, das in einem ISOS-geschützten und auch sonst sehr schützenswerten Ortsbereich von Langenthal steht, das heisst im sogenannten "Villenquartier", wo man plant, ein Mehrfamilienhaus zu erstellen. Somit handelt es sich dabei um eine nicht ganz einfache Konstellation. Dazu wurden nun folgende Fragen gestellt:

1. Sind die Bearbeitungs- und Bewilligungsfristen hier in Langenthal für Renovationen oder Neubauten vergleichbar mit anderen Städten oder länger und wie lange dauert der Prozess durchschnittlich?

Wir hatten ja bereits Interpellationen, die diese Frage beantworteten. Die durchschnittliche Bearbeitungsdauer sämtlicher Baugesuche in den letzten zwei Jahren betrug 169 Tage. Es handelt sich hierbei um einen Durchschnitt sämtlicher seit 1. Januar 2018 eingereichten und bis zum 31. Dezember 2019 abgeschlossenen Baugesuche; das heisst, einzelne Baugesuche benötigen eine längere Bearbeitungszeit, andere eine kürzere. Bei der berechneten durchschnittlichen Bearbeitungsdauer sind beispielsweise die Rückweisungen aufgrund mangelhafter Baugesuchsunterlagen und das Erlassen von Zwischenverfügungen miteingerechnet. Bei der errechneten Bearbeitungsdauer handelt es sich also nicht um die effektive Bearbeitungsdauer des Stadtbauamtes.

Die Bearbeitungs- und Bewilligungsfristen anderer Städte sind dem Stadtbauamt nicht bekannt und müssten zuerst evaluiert werden. Gemäss Aussagen des Regierungsratspräsidenten beim Neujahrsapéro hat auch der Bearbeitungsumfang beim regionalen Bauinspektorat stetig zugenommen.

2. Wie viele Bauvorhaben liegen zurzeit bei der Bauverwaltung im Bewilligungsprozess vor?

Im Bauinspektorat gibt es derzeit 131 Baugesuche, welche noch nicht mit einem Entscheid abgeschlossen werden konnten. Es kann festgehalten werden, dass dabei jedes Baugesuch einen anderen Verfahrensstand aufweist.

3. Wie sinnvoll sind die Workshops, wenn die Resultate schliesslich nicht allen Vorgaben genügen?

Die Workshops sind ein geeigneter Schritt, eine Lösung im Dialog in einem schwierigen Umfeld zu erarbeiten. Durch den Einbezug von Grundeigentümerschaft, Architektinnen und Architekten, Fachexpertinnen und Fachexperten, kantonaler Denkmalpflege und Stadtbauamt werden Vorschläge fachlich erarbeitet und diskutiert und haben so eine bessere Aussicht auf Bewilligungsfähigkeit.

Es gibt aber gewisse Einschränkungen, beispielsweise

- Die Workshops sind für die politischen Behörden nicht bindend. Daher kann im Verfahren keine Baubewilligung zugesichert werden. Im Workshop ist mit dem Stadtpräsidenten ein politischer Vertreter anwesend.
- Das Bauinspektorat wurde bisher am Verfahren nicht beteiligt. Dies ist eine erkannte Schwäche, hat aber auch mit den Ressourcen zu tun. Es wäre eigentlich sinnvoll, die Zwischenergebnisse beispielsweise nach dem 2. oder 3. Workshop mit dem Bauinspektorat zu spiegeln. Andererseits gilt, dass der Architektenschaft die in diesem Stadium wesentlichen Aspekte für eine Baubewilligungsfähigkeit bereits bekannt sein sollten.
- Die Ausarbeitung der Baugesuche erfolgt naturgemäss erst nach dem Workshop-Verfahren: Am Ende des Workshop-Verfahrens liegen fachlich geklärte und getragene, aber noch keine bewilligungsfähigen Pläne vor. Diese Ausarbeitung erfolgt meistens erst anschliessend.
- Die Pläne müssen auch konsequent umgesetzt werden: Nachträgliche Änderungen am Workshop-Ergebnis im Zuge der Ausarbeitung der Baueingabe können dazu führen, dass sich im Baubewilligungsverfahren neue Fragen stellen oder das gesamte Verfahren dann effektiv in Frage gestellt wird.

Die Workshop-Verfahren sind aus Sicht des Stadtbauamtes eine klare und markante Verbesserung der Zusammenarbeit bei kleineren und mittleren Projekten in denkmal- und ortsbildgeschützter Lage. Sie



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

sind sehr hilfreich, wenn die Zusammenarbeit vertrauensvoll, konstruktiv und im kritikfähigen Dialog erfolgt. Damit können viele – aber verfahrensbedingt nicht alle – Vorhaben begleitet werden. Es bedarf im Anschluss einer konsequenten Umsetzung und Zusammenarbeit im Baubewilligungsverfahren. Die Abklärung eines Zwischenstandes mit dem Bauinspektorat ist eine bereits erkannte Verbesserungsmöglichkeit im Verfahren, das wir weiter vertiefen werden.

Im Baubewilligungsverfahren, auf welches sich die Frage mutmasslich bezieht, entspricht das Baugesuch nicht in allen Fällen dem Workshop-Ergebnis. In diesem Fall fordern die externen Fachexperten der Bau- und Planungskommission und die Denkmalpflege Anpassungen ein, was das Verfahren natürlich zusätzlich verzögerte und auch zusätzliche Kosten verursachte.

4. Wurden Massnahmen eingeleitet, um die anstehenden Probleme zu bewältigen und die grossen Verzögerungen bei den Bewilligungsverfahren in den Griff zu bekommen?

Über die bisher eingeleiteten Sofortmassnahmen wurde bereits in Interpellationsantworten der SVP und der FDP/JL-Fraktion ausführlich informiert. Ich beschränke mich deshalb heute auf ein Update. Die Verhältnisse haben zwingend sowohl personelle, wie auch administrative Massnahmen erforderlich gemacht.

Zu den personellen Massnahmen: Nachdem im Jahr 2017 mehrere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen das Bauinspektorat verlassen haben, wurde in den vergangenen zwei Jahren der Wiederaufbau an Fachkräften veranlasst. Aufgrund eines grossen Fachkräftemangels und eines infolgedessen hohen Lohnniveaus, das auf dem Markt in dieser Branche herrscht, gestaltet es sich als sehr schwierig, gute und entsprechend ausgebildete Fachkräfte rekrutieren zu können. Im Jahr 2019 ist es gelungen, drei neue Mitarbeiterinnen anzustellen, die seit Frühjahr 2019 in Teilzeitpensen tätig sind. In den Jahren 2018 und 2019 wurde auch ein externes Mandat vergeben. Diese Option ist einerseits relativ kostspielig, andererseits hat sich gezeigt, dass sich eine einheitliche Beurteilungspraxis in der Zusammenarbeit mit extern beauftragten Mandatärinnen und Mandatären nur erschwert vollziehen lässt, wodurch das Risiko von Verfahrensfehlern oder -verzögerungen steigt.

Die Rekrutierungsbemühungen der vergangenen Monate haben dazu geführt, dass für insgesamt fünf Monate ein Mitarbeiter für 40% sowie per 1. Mai 2020 eine neue Mitarbeiterin mit einem 100% Pensum verpflichtet werden konnte. Beides sind Erfolgsmeldungen. Weiter wird per Oktober 2020 eine langjährige, inzwischen als Bauinspektorin ausgebildete Mitarbeiterin des Stadtbauamts ins Bauinspektorat wechseln. Mit diesen personellen Massnahmen sollte der eingetretene Engpass bei der Baugesuchsprüfung sukzessive bewältigt werden können. Nicht von heute auf morgen, aber stetig erhoffen wir uns Besserung.

Zu den administrativen Massnahmen: Um das Risiko von groben formellen Fehlern, wie beispielsweise fehlenden Unterschriften oder fehlende Formularen, schnell zu erkennen, wird das Kanzleipersonal des Stadtbauamts derzeit dahingehend instruiert, dass Baugesuche, die am Schalter abgegeben werden, einem groben Check unterzogen werden, ob alles vollständig vorliegt und auch korrekt unterzeichnet ist. Dadurch lassen sich jedoch nur ein Teil der formellen Fehler schnell korrigieren. Weitere Massnahmen, wie die selektive Behandlung von Baugesuchen nach Grösse etc. wurden bisher nicht weiterverfolgt, weil man hierdurch unweigerlich eine Ungleichbehandlung der Baugesuchsstellenden provozieren würde.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Gibt es Zusatzfragen, Stadtrat Halser? Gut.

Stadtratspräsident Reto Müller (SP): Ich komme zu den Baustellen. Dazu gibt es Fragen von Michael Schenk (SVP).

"Ab diesem Jahr und in den kommenden Jahren sind wieder etliche kantonale und städtische Strassenbaustellen angesagt, die den Verkehr massiv beeinträchtigen werden".



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

1. Eine Delegation besuchte vor zwei Jahren die Stadt Thun, wo die Information der verschiedenen Verkehrsteilnehmer durch eine Hochschule untersucht wurde. Welche Erkenntnisse wurden daraus gewonnen?

Am 3. Juli 2018, um 7 Uhr morgens, nahmen Gemeinderätin Helena Morgenthaler und Stadtpräsident Reto Müller an der Veröffentlichung der Resultate der Bernischen Hochschule für die Thuner Innenstadt im Thuner Rathaus teil. Die Erkenntnisse bezogen sich nicht nur auf die Verkehrs-, Bau- und Informationspolitik der Regierung und Behörden, sondern allgemein auf die Verbesserung der Geschäftslage in der Thuner Altstadt. Bessere Werbung, bessere Koordination der Öffnungszeiten, besserer Marktmix, etc. sind Stichworte, welche auch in Langenthal bekannt sind oder bereits bekannt waren. Die Erkenntnisse für Thun wurden in einem Workshop im Projekt "Märitgass 2020" mit den Delegationen der Stadtvereinigung und dem Gewerbeverein Langenthal besprochen.

2. In Zukunft wird das Stadtzentrum sehr stark durch den Umleitungsverkehr belastet sein. Welche Massnahmen werden ergriffen, um die Achse durchs Zentrum frei zu halten?

Im Jahr 2020 wird die Waldhofstrasse durch den Kanton und im Folgejahr die St. Urbanstrasse auch durch den Kanton saniert. Die Planung und Organisation der Verkehrsführung in der Baustellenphase obliegt dem Bauherrn, respektive den Projektverfassenden und wird mit der Kantonspolizei und dem AföS abgesprochen. Das Umleitungskonzept für die Sanierung Waldhofstrasse liegt vor. Das Stadtzentrum dient nicht als offizielle Umleitungsrouten, dennoch ist klar, dass Mehrverkehr durch die Kernstadt nicht zu vermeiden sein wird. Mit zusätzlichem Stau muss deshalb gerechnet werden. Das Umleitungskonzept für die Sanierung St. Urbanstrasse liegt noch nicht vor.

Die Baustellen rund um das Stadtzentrum sind eine grosse verkehrstechnische Herausforderung. Der Gemeinderat wird sich im Rahmen der Erarbeitung des Entwicklungskonzepts Kernstadt auch mit dieser Thematik befassen und gemeinsam mit dem Innenstadtgewerbe und weiteren Beteiligten Lösungsansätze vorschlagen.

3. Ist es möglich, den Monatsmarkt und andere Anlässe in die untere Marktgasse und den Wuhrplatz zu verlegen?

Die Antwort stammt eigentlich vom AföS, aber ich erlaube mir dennoch, das hier vorzulesen, sonst kommt es nochmals zu einem Rednerwechsel: In der heute praktizierten Veranstaltungsgrösse ist es nicht möglich, den Monatsmarkt und andere Anlässe in die untere Marktgasse und den Wuhrplatz zu verlegen. Wir sind jedoch dabei, uns über eine Redimensionierung der Grösse des Monatsmarktes mit einem weiterhin attraktiven Sortiment Gedanken zu machen. Dazu gehört auch die Standortfrage im Ortskern.

Somit komme ich zum Thema "Schottergärten", auch eine Frage von Michael Schenk (SVP).

"Ist es möglich, dass in Langenthal ein Verbot von Schotter- und Steingärten ohne jegliche Begründung eingeführt werden kann? Denn sie heizen im Sommer die Umgebungsluft noch mehr auf und sind ökologisch nicht sinnvoll."

Die Behörde hat gestützt auf Art. 29 des Baureglements einen Einfluss auf Gartengestaltungen bei Bauten, die ein Baugesuch erfordern. Gemäss Art. 29 ist die Umgebung (Aussenräume) von Bauten und Anlagen so zu gestalten, dass sich eine gute Einordnung in die Landschaft und das Orts- und Strassenbild ergibt. Schotter- und Steingärten lassen sich eigentlich bereits mit dieser Regelung unterbinden, da sie nicht ins Orts- und Strassenbild eingeordnet werden können. Bislang nicht im Baureglement erwähnt sind stadtklimatische Ausschlussgründe. Im Hinblick auf eine Revision des Baureglements ist es angezeigt, wenn dies dem politischen Willen entspricht, die Regelung um stadtklimatische Aspekte zu ergänzen. Keinen Einfluss hat die Behörde auf Gärten, die baubewilligungsfrei umgestaltet werden können.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Gibt es hier Zusatzfragen?



Stadtpräsident Reto Müller (SP): Nun komme ich noch zum Mehrwertabgabereglement, respektive zur Revision. Hier liegen Fragen von Paul Beyeler (EVP) vor.

"In Art. 8 des gültigen Reglements steht: Die Befugnis zur Erhebung einer Mehrwertabgabe nach diesem Reglement ist bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Dieses Thema wurde auch schon in der letzten Fragestunde im Oktober 2019 behandelt. Der Stadtpräsident hat damals Stellung genommen und informiert: "Der Zeitplan sieht vor, dass die Kommission zur Revision bis Ende Frühjahr 2020 die Beratungen und einen Vorschlag zuhanden der vorberatenden Kommissionen und des Gemeinderates vorlegen kann, so dass nach Gutheissung durch den Gemeinderat der weitere Behördenweg über die Geschäftsprüfungskommission und dem Stadtrat begangen werden kann."

Drei Monate später hat die Kommission ihre Arbeit noch nicht aufgenommen und es bleiben maximal noch vier Monate Zeit, den Vorschlag zu diesem vermutlich umkämpften Thema auszuarbeiten. Anschliessend kommen die vorberatenden Kommissionen zum Zuge und nach der Gutheissung durch den Gemeinderat folgt die Ausarbeitung der Vorlage an den Stadtrat. Es ist zu befürchten, dass sich der Stadtrat nicht vor der Oktobersitzung mit dieser Vorlage befassen kann. Und dann sind wir bei diesem heiklen Thema wieder unter sehr grossem Zeitdruck und müssen hoffen, dass kein Referendum ergriffen wird."

Daraus ergeben sich folgende Fragen:

Wann erfolgt der Startschuss für diese Teilrevision des MWAR?

Innerhalb der Projektleitung ist der Startschuss erfolgt. Auf Grund des Rücktrittes von Stadtrat Samuel Köhli wurde die SP/GL-Fraktion aufgefordert, bis morgen Dienstag, 4. Februar 2020 ein neues Mitglied für die Kommission zu nominieren. Sobald die Ersatzwahl für die Kommission im Gemeinderat stattgefunden hat, muss zügig fortgefahren werden.

Und wie sieht der Zeitplan aus?

Der Zeitplan ist effektiv sehr knapp bemessen und ich bitte Sie auch, alle Angaben als provisorisch zu erachten, da ein Gesetzgebungsprozess massgeblich von der Anzahl und Tiefe der Anträge der erarbeitenden, respektive gewünschten Änderungen abhängt. Wir werden, sobald wir für die Kommission nachnominieren konnten, allen Kommissionsmitgliedern ein Schreiben zukommen lassen, um den Revisionsbedarf zu klären. Das heisst, man wird bis Ende Februar 2020 jedes Mitglied der Kommission anschreiben und fragen, welcher Revisionsbedarf bei diesen sechs Artikeln des Mehrwertabgabereglements erbeten oder gewünscht wird. Man wird in der Projektleitung bis zum 15. März 2020 einen ersten Entwurf ausarbeiten. Man wird in einer bis zwei Sitzungen der Kommission eine Konsolidierung dieses Entwurfs vornehmen und eine Besprechung durchführen. Dies sollte im Zeitfenster März/April stattfinden. Es ist vorgesehen, dass die Projektleitung den Entwurf und die Erstellung des Berichtes und Antrags am 15. Mai 2020 zuhanden der vorberatenden Kommissionen abgibt, sodass der Gemeinderat dies im Juni, also noch vor der Sommerpause, in einer oder zwei Lesungen behandeln kann. Damit sollte am 31. August 2020 eine 1. Lesung und, falls notwendig, am 23. November 2020 eine 2. Lesung im Stadtrat stattfinden können. Wie angetönt ist geplant, dass das Schreiben an die Kommission umgehend nach der noch ausstehenden Wahl des neuen Kommissionsmitglieds versandt wird, inklusive doodle-Umfrage und diesem provisorischen Terminplan.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Somit wären wir nun am Ende dieses Traktandums Nr. 5 angelangt. Auch wenn ich dies, was Reto Müller eingangs sagte, durchaus nachvollziehen kann, verweise ich darauf, dass die Geschäftsordnung des Stadtrates unter Art. 5 Abs. 2 explizit vorsieht, dass die Fragen im Rahmen der parlamentarischen Fragestunde mündlich zu beantworten sind. Falls es Optimierungspotential gibt, können wir dies natürlich immer noch abklären. Zudem kann ich versichern, dass die Pizzen weder verbrannt noch kalt sein sollten, wenn wir nachher essen gehen.



Stadttrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



Stadtrat

Protokoll der 1. Sitzung am Montag, 3. Februar 2020

6. Mitteilungen des Gemeinderates

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): Somit kommen wir zu Traktandum Nr. 6, Mitteilungen des Gemeinderates und hier darf ich erneut das Wort dem Stadtpräsidenten erteilen.

■ **Wahl- und Abstimmungsreglement**

Stadtpräsident Reto Müller (SP): Genau, es verbleibt eine Mitteilung, die der Gemeinderat zu machen hat. Nach der Abstimmung vom 15. Dezember 2019 zum Wahl- und Abstimmungsreglement ging fristgerecht gegen den Volksbeschluss eine Beschwerde ein. Das entsprechende Verfahren ist in die Wege geleitet. Vorherhand gilt das bisherige Wahl- und Abstimmungsreglement. Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Stadtratspräsidentin Martina Moser (SP): So, wir nähern uns der Pizza und kommen zu Traktandum Nr. 7, der Bekanntgabe der parlamentarischen Vorstösse, wofür ich das Wort an die Stadtratssekretärin Simone Burkhard Schneider übergebe.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



7. Eingereichtes Postulat Dietrich Pascal (FDP), Hasler Beat (parteilos), Howald Carole (JL) und Mitunterzeichnende vom 3. Februar 2020: Prüfung von Massnahmen gegen gefährliche "Elterntaxis"

Postulatstext:

"Prüfung von Massnahmen gegen gefährliche "Elterntaxis"

Der Gemeinderat wird eingeladen, Massnahmen zu prüfen gegen die zunehmend gefährlicher werdende Situation mit den sogenannten "Elterntaxis" bei den Langenthaler Schulzentren.

Begründung: Die Sicherheit der Schulwege ist ein in den letzten Jahren oft und zu recht diskutiertes Thema in Langenthal. Die allgemeine Verkehrszunahme, der überproportional steigende Schwerverkehr und die leider oft ungenügende Konzentration vieler Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer auf das Verkehrsgeschehen bereiten den Eltern grosse Sorgen. Nebst einer gewissen Bequemlichkeit führt wohl auch diese Entwicklung bemerkenswerterweise dazu, dass nicht wenige Eltern inzwischen selbst einen Grund für gefährliche Situationen auf dem Schulweg setzen: Die Zahl der sogenannten "Elterntaxis", also der Fälle, in denen Eltern ihre Kinder selber mit dem Auto zur Schule bringen oder von dort wieder abholen, ist in den vergangenen Jahren stark gestiegen. Die Verkehrssituation bei den Schulzentren um die Mittagszeit muss mittlerweile als zuweilen fast chaotisch und auf jeden Fall als gefährlich bezeichnet werden, weil Dutzende Eltern mit ihren Wagen die Kinder von der Schule abholen wollen und kreuz und quer auf Trottoirs und Vorplätzen parkieren und dort hinzu- und wieder wegfahren.

Es ist an der Zeit, diesem "Treiben" Einhalt zu gebieten, bevor ein schwerer Unfall passiert. Der Gemeinderat wird deshalb eingeladen, Massnahmen in jeder vernünftig erscheinenden Richtung zu prüfen. Zur Diskussion stehen nebst Information und Prävention auch repressive Massnahmen wie temporäre Halteverbote oder allenfalls sogar temporäre Fahrverbote. Die Lösung des Problems ist vermutlich nicht einfach, trotzdem müssen nun Anstrengungen unternommen werden, um diese ungünstige Entwicklung der Schulwegsicherheit zu korrigieren."

Pascal Dietrich, Beat Hasler, Carole Howald
und Mitunterzeichnende

Die Behandlung des Postulats erfolgt gemäss Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 sowie Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates¹

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ **Art. 52 Abs. 1 lit. a., Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Fristen)**

¹ Der Gemeinderat hat innert folgender Fristen vorzulegen:

a. die Stellungnahme zur Qualifikation von Motionen und zur Erheblicherklärung von Motionen und Postulaten: bis zur übernächsten Ratssitzung

² Auf begründetes Gesuch des Gemeinderates kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Frist verlängern, höchstens aber verdoppeln. Bei dringlich erklärten Vorstössen ist keine Fristverlängerung möglich.

³ Erfolgt die Beantwortung nicht innert der Frist bzw. wird kein Fristverlängerungsgesuch gestellt oder ein solches abgelehnt, so kann die Stadtratspräsidentin bzw. der Stadtratspräsident die Beschlussfassung über Motionen und Postulate traktandieren, ohne dass eine Antwort des Gemeinderates vorliegt.

Art. 53 der Geschäftsordnung des Stadtrates (Form der Behandlung)

Die Beantwortung der parlamentarischen Vorstösse erfolgt in der Regel schriftlich.



8. In eigener Sache

Die nächste Stadtratssitzung findet am Montag, 23. März 2020 um 19.00 Uhr statt. Und jetzt würde es mich wie gesagt sehr freuen, Euch nachher noch im La Piazzeta anzutreffen und mit Euch anzustossen. Hiermit schliesse ich die Sitzung um 21.55 Uhr.



(Protokoll/Traktandum 8, Seite 1)